

Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(W. heimst. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Bürofeste ab 20,
in Grätz bei J. Streisand,
in Weselitz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Hauffen & Vogler,
Rudolph Kloss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Jr. 274

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten bei den Deutschen an.

Sonnabend, 19. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Partizelle oder deren Raum, Stellkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Das geheime Wahlrecht.

Die wichtigen Fragen, welche zur Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, haben eine Angelegenheit in den Hintergrund geschoben, die in hervorragendem Maße die Beachtung aller Politiker undnamlich diejenige der deutschen Volksvertretung verdient, eine Angelegenheit, mit welcher sich zu befassen gerade in diesem Augenblick vor dem Eintritt in die Wahlbewegung bringend nothwendig erhebt. Wir meinen die Aufsehen erregende Erklärung des Ministers v. Puttkamer im preußischen Abgeordnetenhaus, nach welcher seitens der preußischen Regierung die Beseitigung des geheimen Wahlrechts im Reiche angestrebt werden soll. Unruhigt durch diese Ankündigung, haben die Liberalen im badischen Landtage später eine hierauf bezügliche Interpellation an ihre Regierung gerichtet und dort nur die formelle Antwort erhalten, daß diese Frage bis dahin im Bundesrat noch nicht angeregt worden sei, die badische Regierung also auch noch nicht in die Lage gekommen sei, zu derselben offiziell Stellung zu nehmen. Seit jener badischen Antwort ist indessen schon eine geraume Zeit verflossen und unterdessen kann im Bundesrathe Manches erörtert worden sein, worüber die dürftigen amtlichen Verhandlungen Protokolle, soweit sie in die Öffentlichkeit gelangen, keinen Aufschluß geben.

Man war bei der öffentlichen Diskussion der Puttkamer'schen Erklärung allgemein der Ansicht, daß dieselbe nur in Übereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck abgegeben sein könnte. Fürst Bismarck aber ist preußischer Ministerpräsident und zugleich Reichskanzler, und es ist eine bekannte Thatsache, daß er etiamal gesetzte Pläne nicht leicht wieder fallen läßt. Darum dürfte es doch wohl angezeigt sein, wenn die Vertreter der freisinnigen Partei sich bald darüber Gewissheit zu verschaffen suchen, wie sich der Bundesrat zu dem preußischen Plane einer Beseitigung des geheimen Wahlrechts im Reiche stellt, und das könnte sehr wohl in der Form einer Interpellation geschehen.

Man wird vielleicht einwenden, eine solche parlamentarische Aktion sei unnütz, weil voraussichtlich der Bundesrat eine ebenso formelle ausweichende Antwort ertheilen wird, wie die badische Regierung ihrem Landtage. Vorausgesetzt, daß dies die Thatsachen erlauben, daß eine preußische Initiative in dieser Hinsicht beim Bundesrat auch bis jetzt noch nicht ergriffen worden ist, und daß der Bundesrat sagen könnte, er habe noch keinen Anlaß gehabt, sich offiziell mit dieser Frage zu befassen, so könnte doch immerhin durch eine geeignete Formulirung der Interpellation, welche ja dem Bundesrat vorher im Vorlaut mitgetheilt wird, der Letztere bewogen werden, zu der erwähnten Frage materiell Stellung zu nehmen. Die Möglichkeit ist ja auch keineswegs ausgeschlossen, daß dem Reichskanzler selbst für seine Kombinationen die Gelegenheit erwünscht käme, sich im Reichstage über seine Stellung und diejenige des Bundesrats zum geheimen Wahlrecht auszusprechen.

Will der Bundesrat konsequent bleiben, so kann er es gar nicht ablehnen, auf eine derartige Interpellation einzugehen. Er hat in einer förmlichen Erklärung sich geäußert in Bezug auf einen Programm-Punkt der deutschen freisinnigen Partei, in Bezug auf die Frage der verantwortlichen Reichsministerien, welche angeblich die Verfassungsgerechte des Bundesrats tangiren soll, er wird deshalb auch ebenso materiell Stellung nehmen müssen gegenüber der amtlichen Erklärung einer Einzelregierung, welche in die Verfassungsgerechte des Volkes und des Reichstages tief einschneidet. In den Augen des Bundesrats muß doch die amtliche Ausführung einer Einzelregierung mindestens ebensoviel Gewicht haben, wie eine These in dem Programm einer politischen Partei, um beide wenigstens gleichmäßig zu behandeln, um beiden gegenüber in derselben Art materielle Stellung zu nehmen. Lehnt der Bundesrat auf eine Interpellation hin die gleichmäßige Behandlung beider gleichl. geno. Fragen ab, beschränkt er sich hinsichtlich des geheimen Wahlrechts im Reiche auf eine formelle ausweichende Antwort, dann würde man mit vollem Rechte den Vorwurf erheben können, daß er um die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes nicht in gleichem Maße besorgt ist, wie um diejenigen der verbündeten Regierungen, man würde außerdem zu dem Schlusse berechtigt sein, daß diese Ablehnung darum erfolgt, weil die Stimmung im Bundesrat den preußischen Absichten geneigt ist.

Bei der hohen Bedeutung, welche das geheime Wahlrecht für unser Verfassungsleben, für die gesamte Entwicklung der politischen Verhältnisse hat, bei der lebhaften Bewegung, welche die Erklärung des Ministers v. Puttkamer überall im Reiche hervorgerufen hat, muß es als eine Hauptaufgabe der liberalen Partei im Reichstage betrachtet werden, sich über diesen Punkt thunlichst bald Klarheit zu verschaffen. Es kann von wesentlichem Einfluß auf den Ausfall der Wahlen sein, wenn die Wählerschaft nicht im Zweifel darüber bleibt, was in dieser Beziehung demnächst zu erwarten ist. Spricht sich der Bundesrat nicht klar und bestimmt

gegen alle Bestrebungen aus, welche auf eine Beseitigung des geheimen Wahlrechts abzielen, dann wird die Vertheidigung dieses Rechtes sich als ein wirksames Lösungswort der freisinnigen Partei für den Wahlkampf erweisen.

Die weitere Ausdehnung des Schutzollsystems.

Der „Ostsee-Ztg.“ entnehmen wir die nachfolgenden Betrachtungen:

Das Schutzollsystem, welches die neue Wirtschaftspolitik auf ihre Fahne geschrieben, konnte nur unter dem kräftigen Beistande der landwirtschaftlichen Vertreter im Reichstage zur Einführung gelangen. Und dieser Beistand wurde gewährt, weil die früher freihändlerischen Landwirthe in unseren östlichen Provinzen mit wenig Ausnahmen ins schutzöllnerische Lager übergegangen sind, seitdem in Folge des gewachsenen inländischen Konsums der Getreide-Export aufgehört hat. Die Position der Landwirthe wurde freilich dadurch relativ eine bessere, daß der inländische Markt an die Stelle der fremden Märkte trat. Denn während sie vorher für ihre Produkte niedrigere Preise erhielten, als auf den importirenden westeuropäischen Märkten gezahlt wurden, weil dabei die Fracht z. B. in Abrechnung kommen mußte, so standen nun die diesseitigen Preise mit jenen ungefähr auf gleicher Höhe, was sich jedoch bei dem, durch die rapid wachsende Produktion der transatlantischen Länder veranlaßten Preisdruck, der auf allen Getreidemärkten seit längerer Zeit lastet, durch eine positive Preisbesserung nicht bemeßlich mache. Die in früheren Jahren hoch getriebenen Güterpreise und Pachten trugen unter diesen Umständen dazu bei, bisher freihändlerische Landwirthe, welche von jeher die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen als ihre wirtschaftlichen Gegner betrachtet hatten, jetzt für deren Ansichten zu gewinnen. Da England nicht mehr ihr Abnehmer für Getreide war, so glaubten sie auch nicht nötig zu haben, gegen Zölle zu kämpfen, die den Verkehr mit England erschweren müssten und die speziell das Eisen zu ihren landwirtschaftlichen Maschinen z. vertheuerten. Denn, wenn auch hierbei ein kleiner Nachtheil sich für sie herausstellen sollte, so würden doch, wie sie glaubten annehmen zu können, die Zölle auf fremdes Getreide, welche ihnen von den Industriellen für ihre Mitarbeiterschaft offerirt wurden, dafür reichen Ersatz bieten. Die so ins Werk gesetzte Agitation zum Umsturz der seitherigen Wirtschaftspolitik fand um so mehr das Einig-gegenommen der Regierung, weil damit die Aussicht auf erheblich größere Zolleinnahmen verbunden war. Diese Verbesserung der Reichsfinanzen war aber um so erwünschter, weil man damit hoffte, die Reichsregierung von den Zuschüssen der Einzelstaaten unabhängig zu machen, ja sie sogar noch in Stand zu setzen, an jene Überschüsse abzaben zu können.

Nun kam freilich der Schutzoll auf Getreide im Gefolge einer großen Menge Zölle auf Lebensbedürfnisse aller Art, so z. B. auf Petroleum, Kaffee, Reis, Tabak z. c., sowie auch auf den zum Futter und in der Brennerei zur Verwendung kommenden Mais und bei einer genauen Berechnung würden die neuen Schutzöller wohl gefunden haben, daß nicht allein die große Masse der Konsumen die zahlende ist, sondern daß auch sie selbst die durch den Schutz bewirkte etwaige Erhöhung der Getreidepreise andererseits thuer genug bezahlen müssen. Die Eisenindustriellen standen freilich auf einem anderen Felde, sie exportirten weiter zu erstaunlich niedrigen Preisen und erholten sich dafür im Inlande, welches ihre Fabrikate um so besser bezahlen müste. Auch die geäußerte Befürchtung, daß die Vertheuerung der Nahrungsmittel die Arbeitslöhne steigern werde, machte im Allgemeinen bei ihnen wenig Eindruck.

Die Agrarier aber fühlen sich durch die neue Wirtschaftspolitik im Allgemeinen nicht gerade finanziell besser stützt als früher und schreiben dies dem Umstande zu, daß ihre Produkte noch nicht genug geschützt sind. Sie wollen deshalb eine weitere Erhöhung des Zolls auf Getreide, sowie Zölle auf Wolle z. c., wobei freilich die in schutzöllnerischen Kreisen mit grossem Nachdruck aufgestellte Behauptung, daß das Ausland die Zölle bezahle, von ihnen nicht als stichhaltig anerkannt wird; die Erhöhung resp. die Neueinführung von Zöllen soll sie ja in den Stand setzen, inländischen Konsumenten für ihre Produkte höhere Preise abzunehmen, denn sie behaupten keineswegs für eine Verbesserung der Reichseinnahmen zu agitieren.

Auch der Bimetallismus hat in diesen Kreisen Anhänger gefunden. Sie sind ihm zwar keineswegs durch die konfusen Deduktionen seiner Apostel in Bezug auf die Erleichterung des Geldverkehrs, die er im Gefolge haben soll, gewonnen, sondern sie hoffen, z. Th. wenigstens, bei seiner Einführung ihre Schulden oder Schuldzinsen mit den jetzt minderwertigen Silbermünzen bezahlen zu können.

Für den Bimetallismus ist freilich glücklicherweise wenig Aussicht, aber gegen fernere Zollerhöhungen bleibt der Kampf der Freihändler im Reichstage, obgleich sie die große Masse der konsumirenden Bevölkerung vertreten, fortwährend ein sehr schwieriger. Denn die freihändlerischen Abgeordneten haben, wie gesagt, das Gros der Bevölkerung des Landes hinter sich, sie

bestehen damit aber noch nicht die überwiegende Majorität im Hause, denn sie sind zum großen Theile Vertreter der Großstädte. Die großen Städte sind aber im Reichstage lange nicht ihrer eigenen Bevölkerung entsprechend vertreten. Denn während die Landbevölkerung fast stabil blieb, ist die Stadtbewölkerung gerade in den letzten Jahren seit dem Bestehen des deutschen Reiches rapide gewachsen, so daß z. B. in Berlin Wahlkreise für einen Abgeordneten zwei oder dreimal so groß sind, wie manche ländliche Wahlkreise. Eine entsprechende Änderung dieser Wahlkreiseintheilung wurde zur Zeit, als die Liberalen in der Majorität waren, für nicht opportun gehalten und jetzt ist dazu keine Aussicht. Die letzten Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zeigten, wie wenig geneigt man regierungsteilig ist, dazu die Hand zu bieter. Jedoch wird aber in Zukunft über diesen Punkt der Kampf der Parteien noch ein sehr lebhafter werden, wie ja auch in England bereits ein paar Mal auf diesem Felde große parlamentarische Kämpfe durchgeführt wurden, wobei freilich nach kontinentalen Begriffen der englische Vertretungsmodus im Parlament noch viel zu wünschen läßt.

Deutschland.

L. C. Berlin, 17. April. Zu den Problemen, mit deren Lösung der Reichskanzler zur Zeit beschäftigt ist, gehört nach der Verfassung der konservativen Zeitungen u. a. auch das der Reaktivierung des preußischen Staatsrats. „Der Staatsrat“, schrieb die „Proc. Corr.“ am 11. April 1883, „wird wesentlich dazu berufen sein, als kommissarisches Organ des Gesamtministeriums die Entwürfe der Reformministerien sachlich und formell zu prüfen, insbesondere die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit derselben im Ganzen und Einzelnen zu begutachten, die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs der Entwürfe mit der bestehenden Gesetzgebung wahrzunehmen, Widerprüche derselben in sich und mit andern Gesetzen zu beseitigen, Unebenheiten und Unklarheiten in der Redaktion zu verbessern.“ Um so seltsamer klingt es, wenn von Eingeweihten behauptet wird, der Reichskanzler lege Werth darauf, aus dieser ständigen und natürlich unabhängigen (d. h. von den jedesmaligen Ministern unabhängigen) Ministerialkommission die bureaukratischen Elemente möglich fern zu halten. Was hat denn in den Augen des Reichskanzlers die Bureaucratie gesündigt, daß sie für unfähig erklärt werden soll, die auschlaggebende Rolle bei der Ausarbeitung der Gesetze zu übernehmen. Sollte Fürst Bismarck selbst an seiner Schöpfung irre geworden sein? Denn gerade der Reichskanzler ist es, der — und darin stimmen wir dem Verfasser der von den offiziösen und den ihm befreundeten konservativen Blättern mit besonderem Wohlgefallen citirten Broschüre: „Der vierte Stand und der Staatssozialismus“ rückhaltlos zu — am meisten zu der Berichtigung des preußischen Beamtenthums beigetragen hat. „Wer (der Reichskanzler) für sein Regiment brauchte, waren nicht selbständige Organe mit eigenem Willen und einer in sich selbst ruhenden Lebenskraft, sondern geistigte, jedem Impulse widerstehendes gehorchende Werkzeuge. Weil er für seine immerdar lämpfende, neu-estaltende, vielverschlungene Reichspolitik im Innern, wie nach Außen nur die unbedingte Dienstbereitschaft solcher beauftragten Gehilfen brauchen konnte, weil die auf das Heer, die Diplomatie und die Gesetzgebung stabilisire Reichsverfassung in ihrem Schoße kleinerlei selbständigen Behördenorganisation und der unter ihr stehenden Amtsordnung geworden? Bureaucratie und wieder Bureaucratie! Gehilfen des Kanzlers, Regierungsagenten jeglicher Gattung, heute viel, morgen nichts bedeutend, das sind sie Alle, diese Staatssekretäre, Minister, Direktoren, Geheimen Räthe und wie sie sich sonst nennen! Welch' ein hunder Wechsel des Herauf und Herunter in dieser Ministerialcarrière, Welch' ein verzehrend rascher Verbrauch von Menschen, Welch' gänzliche Domäne aller Amtsrechts gegenüber dem Reichskanzlerthum!“ Woher wird nun der Reichskanzler die Sachverständigen für den Staatsrat nehmen, wenn die „Geheimräthe“ ausgeschlossen sein sollen?

□ Berlin, 17. April. Demnächst kommt im Reichstage der Antrag der Herren Adermann, von Kleist-Rehov, Leuschner (Eisleben), Bohren, Dr. Mousfang und Dr. Windhorst zur Beurtheilung, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch welches aus dem gesammten Gewerbebestande, unter angemessener Beteiligung der Innungen, in den Bundesstaaten, wo sie noch nicht bestehen, Gewerbe-Kammern eingeführt werden“. Dass die Handwerker ein-

Organ zur Verlautbarung ihrer Ansichten und Wünsche haben sollen, ist sicherlich gut und wünschenswert. Es kann den Gewerbetreibenden nur dringend an's Herz gelegt werden, überall einen solchen Vereinigungspunkt zu schaffen. Eine andere Frage ist es, ob gesonderte Gewerbezämmern die passende Form für diesen Zweck sind. Gewerbezämmern, welche unter den Aufzügen der Regierung und unter Beihilfung von Janungen errichtet werden, würden eine gewisse öffentliche rechtliche Stellung einnehmen nach Art der preußischen Handelszämmern. Allein gerade die Erfahrungen mit letzterem Institute sollten zur Genüge darthun, daß diese Art von Organisation mindestens von zweifelhaftem Werthe ist. Weit wirksamer, sowohl in der Agitation, als in dem Einfluß auf die Regierung, haben sich die freien Vereinigungen der Interessenten gezeigt. Die landwirtschaftlichen Vereine erwangen jeder bürokratischen Schablone und wissen brennig ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Die Gewerbevereine, Handwerkervereine sind im Stande, viel mehr für die Hebung des Handwerks zu thun, als eine offizielle Gewerbezämmerei, zumal in derselben das einzelne Handwerk immer nur verschwindend vertreten wäre. Denn nach dem Sinn und Wortlaut des Antrages Ackermann sollen die Gewerbezämmern den „gesammten Gewerbestand“, also einschließlich der Industrie, umfassen. Wie immer auch der Handwerker numerisch vertreten wäre, in einem solchen Gebilde würde stets die Großindustrie vermöge ihrer Kapitalmacht, ihrer sozialen Stellung, ihrer Dialektik das ausgesprochene Übergewicht haben. Statt Organe des Handwerks zu sein, würden die Gewerbezämmern immer Organe der Großindustrie und ihrer verbündeten Interessen werden. Wenn aber die Industrie in den Gewerbezämmern vertreten ist, warum dann nicht auch der Handelstand, der doch häufig mit dem Gewerbe zusammenfällt? Allein es ist Alles schon dagewesen, sowohl dieser Antrag Ackermann als auch die Gewerbezämmern selbst; nur hießen sie damals *Gewerberäthe*. Sie wurden in Preußen durch eine Verordnung vom Jahre 1849 gegründet, und hatten wenigstens den einen Vorzug vor dem Antrag Ackermann, daß sie sowohl aus Arbeitgebern als Arbeitnehmern bestehen sollten. Diese Gewerberäthe zerfielen in drei Abtheilungen, die des Handels, der Fabriken, der Handwerker. Jede Abtheilung wählte mindestens fünf Mitglieder; in den letzten beiden Abtheilungen, welche also im Sinne des Antrages Ackermann die „Gewerbezämmerei“ bilden würden, bestand die Vertretung zur Hälfte aus Arbeitern und Gesellen. Wenn einmal die Vertretung organisiert werden soll, ist ja auch schlechterdings unmöglich, über den ganzen Arbeiterstand stillschweigend hinwegzugehen, als existierte er nicht oder gehörte er nicht zum Gewerbe. Und nun begannen die Gewerberäthe richtig, sobald sie gegründet waren, jene Arbeit, welche ja auch nach der Meinung der heutigen Antragsteller zweifellos ihre erste Aufgabe wäre, nämlich die Feststellung der Grenzen zwischen den einzelnen Handwerkergruppen — das gehört zur „korporativen Organisation“, von der heute so viel die Rede ist. Allein so nützlich vielleicht diese Thätigkeit ist, die an die Galvanisirung eines Leichnams erinnert, die Gewerberäthe schließen dabei ein und waren thatssächlich längst verschwunden, ehe sie durch die Gewerbeordnung gesetzlich aufgehoben wurden. Durch Erfahrung wird man klug. Aber gewisse Leute müssen jede Erfahrung wenigstens zweimal machen. Die Regierung ihrerseits hat schon an den Handelszämmern genug; sie hat dem bereits im Jahre 1881 gestellten und damals auch angenommenen Antrage Ackermann keinerlei praktische Folge gegenübt. Ob das aufgewärmt Gericht ihr schmachhafter erscheint? Und ob die Handwerker Deutschlands für diese Linsen ihre bessere Vertretung hingeben werden?

— Heute Nachmittag 1 Uhr fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

— Neben die Ministerkrisis wird der „Magd. Btg.“ aus Berlin geschrieben:

Die Annahme, daß das Unwohlsein des Kaisers der weiteren Entwicklung der sogen. Ministerkrisis hinderlich gewesen sei, hat in sofern keine Berechtigung, als es sich um eine akute Frage gar nicht handelt, wie denn überhaupt die Bezeichnung Ministerkrisis durchaus nicht zutrifft. Fürst Bismarck hat kurz vor dem Eintritt in sein siebzigstes Lebensjahr den gewiss begreiflichen Wunsch zu erkennen gegeben, von einem Theil seiner Arbeitslast entbunden zu werden, und um sich ganz den Reichsangelegenheiten widmen zu können, aus dem Staatsdienste auszuscheiden. Daß zu diesem Wunsche Differenzen mit irgend einem Kollegen im Ministerium mitgewirkt haben, ist völlig unrichtig, und es ist daher auch von dem Ausscheiden eines anderen Ministers, sei es des Herrn v. Puttkamer, sei es des Herrn v. Goßler, nicht die Rede gewesen. Meinungsverschiedenheiten kommen erklärlicher Weise in einem Kollegium, wie es das Staatsministerium ist, fast bei jeder Frage von einiger Erheblichkeit vor, und eine solche Meinungsverschiedenheit z. B. bezüglich der Schuldotationsfrage zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kultusminister wird nicht bestritten, aber von wirklich prinzipiellen, die ganze Richtung der Kultusverwaltung betreffenden Differenzen ist keine Spur vorhanden, und besonders ist es gradezu widerstimmig, wenn behauptet wird, Fürst Bismarck sei mit dem Verhalten des Kultusministers in der kirchenpolitischen Frage nicht einverstanden, während man sich bei einiger Ueberlegung sagen müßt, daß eine so scharf bestimmte und bindende Billärrung, wie sie der Kultusminister z. B. bezüglich der Rechtmäßigkeit der früheren Erzbischöfe von Köln und Bremen im Namen des Staatsministeriums obgegeben hat, nur unter ausdrücklichem Einverständnis des Fürsten Bismarck möglich gewesen ist. Ist nun also die Angelegenheit des Staatsministeriums keine dringende und liegt keine Röthigung vor, daß die gewünschte Entlastung des Fürsten Bismarck sich sofort vollzieht, so scheint dagegen die Staatsräthsfrage einer unmittelbaren Lösung entgegenzugehen. Aber auch in dieser Beziehung schließen die Gerüchte, welche in der Presse Verbreitung gefunden haben, über das Ziel hinaus, so wenn z. B. von einer Umgestaltung des Staatsräths die Rede ist. Nach meiner Information handelt es sich einzig um die Wiederbefreiung derselben auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmungen und eine Ergänzung seiner Mitglieder, soweit in dieser Beziehung Lücken vorhanden sind. Seine Aufgabe wird nach wie vor die Ausübung einer konsultativen Thätigkeit sein, die sich sowohl auf alle Zweige der Gesetzgebung als auch auf den Erlaß von wichtigen Verordnungen auf Grund des Oströmungsgesetzes bezieht.

— Der allgemeine nationalliberale Parteitag in Berlin wird am 4. Mai stattfinden. Man erwartet, wie die „Nordd. Allg. Btg.“ sagt, die Theilnahme des Herrn Dr. Miquel bestimmt und hofft auch Herrn v. Benninghausen zu folcher bewegen zu können.

— Eine bei den uns für dieses Jahr bevorstehenden Wahlen doppelt wichtige Entscheidung hat soeben das Reichsgericht gefällt. Es wird darüber Folgendes mitgetheilt: Die Einwohner F. und L. zu Bockenheim, die in der Wählerliste ihres Wahlbezirks mit einem Alter von 26 bzw. 30 Jahren eingetragen waren, obwohl sie in Wirklichkeit beide das 25. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatten, beteiligten sich bei der am 27. Oktober 1881 erfolgten Wahl eines Reichstagsabgeordneten. Der falsche Eintrag in die Wählerliste war durch einen mit ihrem Wissen hergestellten entsprechend unrichtigen Eintrag in die der Wählerliste zu Grunde liegenden Hausslisten bewirkt worden, und sie waren auf Grund dieser ihnen bekannten Einträge zur Wahl gegangen. Wegen vorsätzlicher Herbeiführung eines unrichtigen Wahlergebnisses aus § 108, 2 Str. G. B. angeklagt, wurden sie von der Strafkammer verurtheilt, und die

von ihnen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, indem es begründend ausführte:

„Über die Art und Weise, wie ein unrichtiges Wahlergebnis herbeigeführt werden soll, enthält das Gesetz keine nähere Bestimmung. Es muß daher angenommen werden, daß jede vorsätzliche Handlung, welche mit einem unrichtigen Ergebnis der Wahlhandlung in erweislichem Causalzusammenhange steht, durch welche also das unrichtige Ergebnis als gewollter Ersolg „herbeigeführt“ wird, den Tatbestand des § 108 des Str. G. B. begründet. Bei dieser allgemeinen Fassung des Gesetzes ist daher auch nicht abzusehen, warum der vom Gesetz vorausgesetzte Erfolg nur dann vorhanden sein soll, wenn die Zahl der abgegebenen Stimmen durch falsche Zählung, durch Mehrung oder Minderung der Stimmzettel oder durch ähnliche äußerliche Einwirkungen auf das formale Zahlenverhältnis alteriert wurde und nicht auch dann, wenn die Zulassung von Stimmen Unberechtigter widerrechtlich bewirkt und hierdurch ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung herbeigeführt, das gesetzliche Ergebnis der Wahl, insofern sie auf der treffenden Wahlhandlung beruht, gefälscht wird, während doch Wortlaut und Abschluß des Gesetzes beide Fälle gleichmäßig umfassen.“

— Wenn die Revision behauptet, daß derjenige, welcher trotz markanter Berechtigung in die Wahllisten eingetragen sei und auf Grund dieses Eintrags seine Stimme abgebe, nicht strafbar sein könne, so ist die Strafbarkeit für den Fall, daß der Eintrag ohne sein Wissen und Willen erfolgte, allerdings bestritten, und es kann, da dieser Fall der Prüfung des Revisorgerichts nicht unterstellt ist, mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der in der Literatur vertretenen Ansichten dahingestellt bleiben, ob von demjenigen, welcher die so gebotene Gelegenheit benutzt, unter allen Umständen anzunehmen sein wird, daß er das unrichtige Wahlergebnis vorsätzlich verdeckt habe; allein der vorliegende Fall ist von dem untersteten wesentlich verschieden. Hier hat der erste Richter ausdrücklich festgestellt, daß mit Wissen und nach den festgestellten Tatsachen unverkennbar auch mit Willen der Angeklagten falsche Einträge über ihr Alter in die Hausslisten und auf Grund derselben in die Wählerlisten gemacht wurden, daß also dadurch, daß sie sich ungebührlicher Weise in die Wählerlisten eintragen ließen, eine falsche zur Täuschung geeignete Grundlage für die Legitimation der Angeklagten als Wähler geschaffen und hiermit auf die Möglichkeit der gesetzlichen Kontrolle, bestimmt des Ausschlusses dieser Unberechtigten vom Wahlkate zunächst beseitigt wurde.“

— Die infolge Ministerial-Anordnung veranlaßten eingehenden Ermittlungen, die über die im Erstjahr 1881—82 bei dem Heere eingestellten Mannschaften in Beziehung auf deren Schulbildung überhaupt und im Besonderen nur in der nicht deutschen Muttersprache von den Bezirksregierungen anestellt worden sind, haben ergeben, daß aus den mitgetheilten Zahlen nicht ohne Weiteres auf unzureichende Leistungen der Volksschule in den östlichen Provinzen geschlossen werden kann und der Bildungszustand in denselben überhaupt günstiger ist, als er sich bei den Prüfungen der Gesamtmannschaften ergibt. Wie der Unterrichtsminister den Reuterungen u. s. w. eröffnet, haben die Ermittlungen aber von Neuem erkennen lassen, von wie großer Bedeutung es für das Volksschulwesen ist, das vollständige Zeichen der in das schulpflichtige Alter eintretenden und der zuziehenden schulpflichtigen Kinder mitgetheilt und die vorgeschriebenen Listen der Abwesenden nicht nur genau geführt, sondern auch sorgfältig aufbewahrt und den Schülern der Volksschulen bei ihren Einstufungen aus denselben Entlassungserlaubnisse ertheilt werden. Dadurch werde die Unterichtsverwaltung in die Lage kommen, über jeden Jüngling der Volksschule auch nach seiner Entlassung aus derselben wie überhaupt, so insbesondere der Militärbehörde Auskunft zu geben; im Laufe der Zeit werde demnach auch den Rekruten die Möglichkeit, ihre Vorgesetzten mit Erfolg über ihre Schulkenntnisse zu täuschen, abgeschnitten werden. Soweit daher in diesen Beziehungen nicht bereits ausreichende Vorschriften für die einzelnen Regierungsbezirke bestehen, soll die befreite Regierung alsbald das erforderliche veranlassen.

— Der Unterrichtsminister hat entschieden, daß die Verhältnisse zwischen den Unternehmern von Privat-Unter-

Kloster Friedlands letzte Abtissin.
Eine Geschichte aus dem 16. Jahrhundert
von B. W. Zell. Nachdruck verboten.
(12. Fortsetzung.)

Das Hochamt war zu Ende, die Gebete und Gesänge verstummten. Während die andächtige Schaar sich von den Knien erhob, brachten nun die Meßner aus der Sakristei einen sorgsam verhüllten Gegenstand herbei und ließen denselben vor dem Hauptaltar auf den Steinblock nieder, der bis dahin als Taufbecken gedient hatte. Aller Augen wendeten sich nun voll andächtiger Spannung auf diesen Punkt und feierliche, durch keinen Laut unterbrochene Stille herrschte, als jetzt der Prior von Friedland und der Pfarrer von Buckow zugleich zum Altar traten. Letzterer kündigte der versammelten Gemeinde mit bewegten Worten, wie der hochdele Patron von Buckow der gnädige Herr Jürgen von Puhl der heiligen Kirche wiederum seinen frommen Sinn und demütige Ergebenheit, sowie den Einwohnern von Buckow freundliche Fürsorge bewiesen habe, indem er der Kirche zu bleibendem Nutzen und Eigenthum ein kunstvolles und kostbares Taufbecken gespendet, dessen Mangel man bisher so schmerzlich empfunden.

Nach diesen einleitenden Worten wurden Gesänge angestimmt, Weihrauchfässer geschwungen und unter diesen feierlichen Vorbereitungen enthüllten die Geistlichen langsam und herlich das heilige Geschenk, eine große, ziemlich flache, schimmernde Schale aus gebratenem Kupfer. Der Boden derselben zeigte ein Relief in erhabener Arbeit, um das sich am innern und äußern Rand Christzeichen schlängen. Welcher Heilige es war, dessen Profilbild das Taufbecken zeigte, konnten in diesem kurzen Moment die Geistlichen ebenso wenig erkennen, als sie sich Zeit nahmen, die Schrift zu entziffern. Der Priester hob es jetzt hoch, um es der Gemeinde zu zeigen, die, als nun der Prior das Gefäß für seine heilige Bestimmung weihte, frohbewegt und andächtig in die Knie sank. Als aber dann endlich der ziemlich langgezogene Weihakt vorüber war, füllte der Meßner sogleich das neue Taufbecken mit dem heiligen Weihwasser und die Mütter mit all den untaufen Kindlein drängten zum Taufstein. Jede

— Und die Schrift da herum?“

„Heißt klar und deutlich: Marcus Tullius Cicero, consul.“ „Leset Ihr dasselbe heraus, fromme Brüder in Christo?“ wandte sich der Prior dann an die Mönche und „Ja, ja, Hochwürden, Marcus Tullius Cicero, consul steht allhier wirklich!“ tönte es im Chorus.

„So täuscht nicht Teufels Blendwerk meine alten Augen“, zürnte der Prior. „Jürgen von Puhl hat uns schämlich betrügen, uns lächerlich gemacht für alle Zeiten, denn nicht auf das blutige Haupt des Kreuzigten, sondern auf das unheilige eines Gottverfluchten Hetzen haben wir unsere Kindlein von Buckow getauft — haben ein Gefäß feierlich zu heiligem Gebrauch geweiht, das nichts anderes ist als ein heidnisches Schauspiel. Aber hüte Dich, Jürgen von Puhl, Gott läßt sein und seiner heiligen Kirche und seiner Diener nicht spotten. Wir werden abrechnen und nur Dein wird Schande und Spott sein!“

„Was wollt Ihr, fromme Väter?“ tönte da plötzlich des Schlossherrn rauhe Stimme in die Sakristei. „Was soll's mit der Abrechnung, ist Euch das Geschenk, welches ich für schweres Geld von Rom kommen ließ und das mir dort ein Tidercienser-mönch auf vieles bitten und gegen manchen Lohn verschaffte, ist's Euch nicht kostbar genug? Sollte wohl von eitel Gold oder Silber sein, Kupfer dünn Euch zu gering, nicht? So wisset, daß ich mit gutem Bedacht letzteres wählte. Die Buckower Schädel sind hart, hochwürdige Väter und wenn einer von ihnen mal gegen das Taufbecken rennt, könnte Gold oder Silber so gewichtigem Stoß nicht widerstehen, Kupfer wird's besser aushalten, ha ha ha!“

„Fügt zu dem lästerlichen Thun nicht noch frechen Spott, Ritter,“ rief der Prior empört. „Nicht um den größeren oder geringeren Wert des Metalls handelt es sich hier und nicht darob erklang zornige Rede von unseren Lippen. Ihr wißt nur zu wohl, was Ihr angerichtet — Ihr habt heimlichlicher Weise den Kopf des heidnischen Cicero in unser christliches Taufbecken prägen lassen!“

„Ich?“ rief Jürgen von Puhl in höchster Verwunderung, und auch das schärfste Späherauge konnte nicht entdecken, ob diese Verwunderung nur eine gemachte sei — „ich? Ich glaube, Ihr träumt allzumal! Da könnte man wirklich in Ewigkeit die Lust

Rauhtabak hatte nur einen Geldwerth von 42,429,000 M. bei 731,391 Zentner.

Elbersfeld, 16. April. Die „Elbersf. Ztg.“ berichtet: Heute wurden mehrere Arbeiter, Anhänger der sozialdemokratischen Partei, auf ihren Arbeitsstellen verhaftet und dem Untersuchungrichter vorgeführt. Die Verhafteten wurden streng getrennt von einander gehalten. Es verlautet, daß die Verhaftungen mit dem Dynamitattentat bei Willemse im Zusammenhang stehen.

Köln, 16. April. Bekanntlich ist am Sonnabend ein ultramontanes Blatt, die „Deutsche Reichszeitung“, welche den Aufruf zur Katholikenverfassung veröffentlichte, vom Staatsanwalt beschlagnahmt worden. Bereits am Ostermontag erfolgte die Freigabe der beschlagnahmten Exemplare durch den Richter mit etwa folgender Motivierung: „Das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 gestattet in § 23 die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung nur in den dort näher angegebenen Fällen, namentlich aber auch in dem dort hervorgehobenen Falle des § 130 des Str.-G.-B.; von diesen Ausnahmefällen liegt hier aber keiner vor, und der von der königlichen Staatsanwaltschaft hier selbst in ihrem Antrage auf Bestätigung der vorläufigen Beschlagnahme hervorgehobene § 131 des Str.-G.-B. ist dort nirgends erwähnt. Die vorliegende vorläufige Beschlagnahme erlangt daher nach dem, was hier vorgelegt worden, der gesetzlichen Grundlage und mußte folgeweise aufgehoben werden.“

Görlitz, 16. April. Die hiesigen Tischlergesellen haben in der heute abgehaltenen Versammlung beschlossen, in 14 Tagen ihre Arbeit einzustellen. Dieselben sind zu diesem Beschlusse gekommen, weil von den eingeladenen 115 Tischlermeistern nur 45 es für nötig befunden haben, befuß der Forderung der Gesellen eine Antwort zu geben. Die Versammlung verlief in rubigster Weise. Die Forderung geht darin: 10 stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Sonntagsarbeit und 20 Prozent Lohnabnahme. Der größte Theil der hiesigen Gesellen verdient nur 9–10 Mark.

Naugard, 16. April. In dem nicht weit von hier entfernten Dorfe Braunsberg, zur Synode Daber gehörig, hat sich, wie die „Ztg. für Pommern“ hört, eine neue religiöse Sekte gebildet. Die Anhänger dieser neuen Sekte, schon gegen 60 Personen, zumeist wohlhabende Bauern, nennen sich „vereinte Brüder in Christo“ und haben einen früheren Tischlergesellen aus Stargard als Seelsorger angenommen. Dieser führt den Titel „Superintendent“, hält Predigten ab und soll sogar den Gemeindemitgliedern das heilige Abendmahl ertheilen. Alle vier bis sechs Wochen kommt sogar ein Pastor aus Bayern und hält vor dieser neuen Gemeinde Predigten ab. Dieser bairische Pastor wird als Urheber und Leiter der „vereinigten Brüder in Christo“ genannt. Jetzt beabsichtigen Leute sich, obgleich in Braunsberg eine sehr hübsche und große Kirche ist, ein eigenes Bethaus zu erbauen. Der Grund und Boden hierzu ist schon gekauft, doch steht der bei der Regierung in Stettin nachgesuchte Baufonds noch aus. Bezeichnend ist, daß die Anhänger dieser hier neu auftauchenden Sekte, auf deren weitere Entwicklung man übrigens recht gespannt ist, in der Umgegend nur die „Trommen“ genannt werden. Wie man ferner hört, liegt gegen diese auch noch ein Strafantrag wegen unerlaubten Siedlungsvorhaben vor, und ist dabei nicht unwahrscheinlich, daß sie noch mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung kommen werden.

Dresden, 16. April. Der zum 20. d. M. nach Dresden ausgeschriebene erste Parteitag der deutschen freisinnigen Partei ist nach einer Erklärung der Einberufer desselben auf einen noch bekanntzumachenden späteren Tag verschoben, weil die vorläufig getroffenen Dispositionen die Vorstandsmitglieder der Partei für diesen Tag zur Theilnahme an anderen auswärtigen Parteitagen verpflichten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. April. Wie die „Pol. Corr.“ meldet, hat das technisch-administrative Militärkomitee bisher über 20 Reisetrigewehrmodelle geprüft und fünf derselben, als die verwendbarsten, werden im Laufe des nächsten Monats durch die Armeeleichtschule in Bruck a. d. Leitha praktisch erprobt werden. Eines dieser Systeme röhrt vom Lieutenant Karl Krupa des 66. Linien-Infanterieregiments, zwei vom Ingenieur der Nordbahn, Mannlicher, her, das vierte ist das alte durch Hauptmann Kromar verbesserte System Spitalsfürst, das fünfte ist englischer Provenienz von Bertlett u. Spencer. Auch die Wahl der Armeeleichtschule wird noch keine definitive sein, sondern praktische Erprobungen.

Im Jahre 1883 wurden im deutschen Zollgebiet 5,959,140,000 Stück Zigarren verbraucht. Dieselben hatten ein Gewicht von 751,307 Zentner und einen Geldwerth von 249,269,000 M. Der

verlieren, Euch ein Geschenk zu machen — Euer Dank ist so sonderbar, daß ich ihn noch gar nicht verstehe!“

Die frommen Väter sahen sich fragend an — wollte der Edelmann sie narren oder hatte man ihn selbst genarzt? Unmöglich war das ja nicht — wenn es nur nicht gerade Jürgen Puhl gewesen wäre, mit dem man hier zu thun hatte, er, der als Spötter und Verächter des Heiligsten seit einem Menschenalter bekannt!

„So habt Ihr das Gefäß nicht nach eigener Angabe anfertigen lassen?“ fragte jetzt der Prior mit prüfendem Blick den Ritter.

„Ich denke nicht daran“, entgegnete dieser rauh. „Angaben als ob ein Kriegsmann wüsste, wie solch' ein Kirchengräsch zu machen und zu verzieren wäre! Ich hab's in Rom laufen und vom heiligen Vater weihen lassen und, wie ich Euch schon sagte, nur die eine Bedingung gestellt, daß das Ding aus festem Stoff sei und einen guten Puff vertragen könne.“

„Der heilige Vater hat dies Gefäß, welches niemals ein Taufbecken war, noch sein kann, nie gesehen, geschweige denn geweiht“, entschied der Prior kurz. „Aber Ihr selbst, Herr von Puhl, beschaut Ihr denn nicht das Becken, als es eintraf?“

„Gewiß“, sagte der alte Puhl ruhig. „Ich mußte doch sehen, was ich denn für das schwere Geld errungen hatte.“

„So mußtet Ihr doch des Heiden Bildnis erkennen.“

„Bin ich ein Bildberdeuter, ein Gelehrter? Was weiß meine arme Seele von Cicero und den Römern! Auch die lateinische Inschrift konnte ich nicht lesen, aber hier die andern, die um den äußern Rand umso besser und da sieht wie Ihr Alle seht, in österlicher Wiederholung: Er, der in Fried geboren ward — sagt selbst, kann es eine passendere Inschrift für ein Taufbecken geben? Ich glaube nicht und so konnte ich auch nicht zweifeln, trotzdem ich den Kopf da in der Mitte der Schale nicht kannte, daß mein Vater in Rom mich gut und würdig bedient habe.“

„Allerdings höchst wunderbar“, meinte der Budower Pfarrer nun. „Wie stimmt nun diese finnige, echt christliche Inschrift zu dem heidnischen Kopf? Ich fürchte, irgend ein feiner Schalk hat uns Allen da ein Rätsel aufgegeben, das weder wir, noch unsere Nachkommen je lösen werden. Wahrscheinlich hat

der Gottseibeuens selbst dem Künstler in's Handwerk gepfuscht und ihm unter den Händen und Augen aus dem Christuskopf einen Heidenkopf geschaffen.

Die Mönche murmelten dieser Deutung Beifall, nur der Prior zuckte fast verächtlich die Achseln, dann sprach er:

„Nun gut, Ritter von Puhl, zu Eurer eigenen Ehre wollen wir annehmen, daß Ihr selbst mit dem Anlauf der Schale betrogen seid und —“

„Nehmt doch an, was Ihr wollt!“ rief Jürgen grob. „Und wenn Ihr das Becken nicht haben mögt für die Kirche, gebt es mir nur getrost wieder — ich werde es schon gebrauchen können. Wenn nicht anders, soll's mein Waschbecken werden, und weder der heidnische Kopf noch die christliche Inschrift sollen mich dabei föhlen.“

Dieser Cynismus verlegte die Geistlichkeit in tiefster Seele, und so sehr sie sonst alle bemüht waren, sich möglichst gut mit dem rauen Edelmann, dem Patron der Kirche, zu stellen, drang doch jetzt ein drohendes Murneln aus ihren Reihen.

Der Prior suchte zu beschwichtigen nach beiden Seiten hin.

„Ihr seid heut in schlechter Laune, Herr von Puhl, und wir wollen uns bemühen, Eure lästerlichen Reden auf den Aerger zu sezen, den Ihr über das Misslingen Eures zu gemeinten Vorhabens empfindet. Wir haben aber nun die Hauptfrage zu erledigen — was geschieht mit dem Gefäß, das wir als Taufbecken fürderhin nicht gebrauchen können, und ferner, wie verdecken wir der Gemeinde den wahren Thatbestand, auf daß wir nicht zum Gespött und Gelächter werden für alle Welt?“

(Fortsetzung folgt.)

Musikalische Rundschau.

II.

Nun beginnt auch bald die Zeit, wo der nimmer rastende noch rostende germanische Wandertreib auch die Musiker ergreift und die musikalischen Festspiele an den verschiedenen Centren unseres Vaterlandes, überwiegend freilich im Westen, Virtuosen, Sänger und Gönner vereinigen. Die diesjährige Tonkünstler-Versammlung, gleichzeitig die Feier ihres 25-jährigen Bestandes, findet vom 5. bis 8. Juni in Weimar statt; das niederrheinische Musikfest wird unter Brabam's vom 1. bis 3. Juni in Düsseldorf abgehalten; es ist das 6te Meissas, Magnificat von Bach, Sachen von Schumann und Wagner, sowie „Parzechor“ und 3. Sinfonie von Brabam's bilden den musikalischen Kern. Mitte

bungen durch Truppenkörper folgen, auch schon wegen der stets fortschreitenden Technik. So bereitet zur Zeit die Waffenfabriksgesellschaft in Steyr ein Konkurrenzgewebe vor. An kompetenter Stelle wird wegen der großen militärischen und finanziellen Wichtigkeit das letzte Wort nur nach reiflichster Prüfung gesprochen werden. Dies der Grund, weshalb die Repetitionswaffe auch in Österreich-Ungarn sich in demselben wenig vorgelüfteten Stadium wie in anderen Staaten befindet.

Wien, 17. April. Der österreichisch-ungarische Friede-Konflikt ist zwar äußerlich beigelegt, aber seine Konsequenzen werden anscheinlich noch lange die Gemüther beschäftigen. Nach wiener Meldungen wollen die dortigen Fleischhauer ein Kartell gegen den Viehmarkt auf dem neuen preßburger Markt aufrichten und um ein Ausfuhrverbot Deutschland und der Schweiz gegenüber, oder doch um strengste Handhabung der bestehenden Borschriften petitionieren. Unterdessen hat der Bürgermeister Uhl von Wien an den Magistrat einen Erlass gerichtet, durch welchen der Magistrat aufgefordert wird, „ohne Verzug zu berichten, welche Maßregeln bei dem Bestände der derzeitigen Marktforderung im eigenen Wirkungskreise der Gemeinde sofort getroffen werden können, und welche Maßregeln bei der Regierung anzustreben seien, um: 1) einen genügenden Viehauftrieb auf dem wiener Markt dauernd zu sichern; 2) die wiener Fleischhauer vom Besuch des preßburger Viehmarktes abzuhalten; 3) dem etwaigen agitatorischen Vorgeben von biegsigen Marktparteien für den preßburger Viehmarkt ein Ziel zu setzen, und 4) dem wiener Viehmarkte seine derzeitige Bedeutung zu erhalten.“

Frankreich.

Paris, 16. April. Die Strike im Kohlenbeden von Anzin hat laut telegraphischer Mitteilung seinen Abschluß erhalten. „Die Millionen“, bemerkt Henri Rochefort im „Intransigeant“, „haben schließlich den leeren Magen gegenüber Recht behalten.“ Der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde in einer von den Delegirten des Syndikats der Grubenarbeiter am 15. d. M. zu Denain gehaltenen Generalversammlung gefaßt, und zwar „im Hinblick auf das fürchterliche Elend, welches seit so vielen Tagen in den Familien der an den Arbeitseinstellungen beteiligten Arbeiter herrscht“. Der Strike hat beinahe zwei Monate gedauert. Der am Dienstag gefaßte Beschluß, die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen, wurde unverzüglich allen Kohlendistrikten übermittelt. In der entscheidenden Versammlung wies der Vorsitzende des Strike-Ausschusses darauf hin, daß es besser wäre, wenn die Initiative zum Wiederbeginn der Arbeiten von dem Syndikat selbst ergriffen würde, als wenn man mit ansehen müßte, daß sich unter den strikten „Mineurs“ alltäglich neue „Desertionen“ vollzügen. Die „Bürger“ Roche und Guercy forderten demnächst die Anwesenden auf, auch in Zukunft den Mut nicht zu verlieren, vielmehr sich weiter zusammenzuschließen, zumal sie stets Männer finden würden, die bereit wären, sich ihrer Interessen anzunehmen und dieselben mit aller Entschiedenheit zu verteidigen.

Paris, 15. April. Schlagend wird der Niedergang des französischen Handels und der Industrie durch die Aus- und Einfuhrbilanz des vergangenen Vierteljahrabsatzes nachgewiesen. Die Einfuhr ist gegen das Vorjahr von 1 220 832 000 auf 1 143 008 000, die Ausfuhr von 831 059 000 auf 702 307 000 Fr. zurückgegangen. Die Einfuhr hat eine Einbuße von 78, die Ausfuhr eine solche von 129 Millionen erlitten. Was besonders bevorzuhten ist, die Ausfuhr verarbeiteter Waren ist von 425 auf 350 Millionen, also um nahezu 75 Millionen oder um 20 Pr. gefallen. Ein solcher Rückgang ist ja beispiellos; es würde dieser Ausfall, wenn er das ganze Jahr hindurch so anhält, einen Verlust von 300 Millionen für die französische Industrie darstellen. Hierzu kommt eine noch stärkere Verminderung des Absatzes im Innern. Die Einfuhr verarbeiteter Waren ist freilich auch zurückgegangen, indem sie dieses Quartal nur 160½ Millionen beträgt gegen 181½ Millionen im Vorjahr. Aber dieser Rückgang ist hauptsächlich der Minderung des Verbrauchs, der geringeren Kauffähigkeit des französischen Volkes zuschreiben. Es sind die Nachwirkungen des Börsenkrachs und der schlechten Ernten, welche sich jetzt immer mehr geltend machen. Dies wird auch durch den Rückgang der Einnahmen an Verbrauchssteuern bestätigt, welcher während des ersten Quartals 7 690 000 Frs. betrug. Gegen den Voranschlag beträgt der Aufschlag 22½ Millionen. Ebenso ist der Ertrag der städtischen Verbrauchssteuer

Juli findet zu Lausanne unter Liszt's Aegide das schweizerische Musikfest statt mit Oratorien von Händel und Liszt (Sanct Elizabeth) und das 7. schlesische Musikfest wird Mitte Juni in Breslau gefeiert; hier wird Martin Blumener's „Der Fall Jerusalems“ eine Sinfonie des Grafen Hochberg (des Gründers dieser Feste) und Anderes geboten werden. Eine große Kunstmigration gedenkt Meister Billé mit seinen 60 Mann zu unternehmen; sie beginnt am 1. Mai, endet am 15. September und geht durch Sachsen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Westfalen — nach Holland; dort längerer Aufenthalt und dann durch Belgien nach der Rheinprovinz, Bayern und über Schlesien zurück; vielleicht daß dann Mitte September auch hier in Polen kurze Rast gehalten wird. Das Trompetenkörpers des Magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7 (die sogenannten Bismarck-Kürassiere) gehen mit Allerbüchster Genehmigung nach London, um im dortigen Crystalpalace, ausnahmsweise in voller Uniform, Konzerte zu geben; bei dieser Gelegenheit bekommen die Engländer doch wenigstens einmal Bismarck's Rock zu sehen. Ein großes Projekt ist auch das des 108. Röpke städtischen Wiener Philharmonischen Orchesters, welches zu drei Konzerten nach Berlin pilgern will; da die Untosten gegen 12 000 Mark betragen, ist die Sache vorläufig noch etwas fraglich. Weniger fraglich ist nunmehr die Existenz des Berliner Philharmonischen Orchesters. Seit dem 30. März hat sich die „Berliner Philharmonische Gesellschaft“ endgültig konstituiert. Von den 20 jährlichen Abonnements-Konzerten werden zehn durch Herrn Prof. Jacobini, fünf durch Herrn Klindworth und fünf durch Herrn Hoffmann-Wüllner aus Dresden dirigirt werden. Die Mitglieder können wählen zwischen den Konzerten Joachim's und denen der anderen. Für 50 Mark erhält man Billets zu acht großen Winterkonzerten und 30 Sommerkonzerten. Für 100 Mark wird man aller Konzerte teilhaftig, muß aber für den Fall eines Defizits auch bis zur Höhe von 200 Mark haften. Die Beteiligung soll schon jetzt eine sehr rege sein.

Auf die Personalien übergehend, interessirt es viele unserer Leser gewiß, daß Herr Franz Greve, Bassist vom Stadttheater zu Mainz mit einem bis zu 14 000 Mark aufsteigenden Gehalt auf drei Jahre ans Hoftheater zu Dresden engagirt worden ist. Herr Greve, früher bei der hiesigen Reichsbank angestellt, hat schon vor langen Jahren in unserer Stadt durch seine imposanten Stimmmittel in öffentlichen Konzerten ein hervorragendes Interesse erweckt; von hier nach München verziegt, fand er dort die nötige Anregung, sich der Bühne zu widmen und betrat mit 40 Jahren in Zürich zum ersten Male die Bretter; dort von 1882 auf 1883 engagirt, kam er später nach Mainz, um nun in Dresden seiner Stimme Kraft auf großer Bühne zu entfalten. Herr Georg Henckel, der berühmte Oratoriensänger, Dirigent und Komponist, als „Odyseus“, bei uns noch in bester Erinnerung, verläßt dieses Frühjahr Boston, wo er als Dirigent der Sinfoniekapelle durch mehrere Jahre thätig war, um mit seiner Gemahlin zunächst in Amerika, dann aber in Deutschland zu konzertieren, und später eine mehrjährige Welttournee zu unternehmen. Die

Sectrois) in Paris um mehr als zwei Millionen im Nachtheil. Eine weitere Bestätigung des wirtschaftlichen Notstandes besteht darin, daß jetzt schon seit einem Jahre sich die Abhebungen bei der Pariser Sparäste fast ebenso hoch belaufen, als die Einzahlungen. In einzelnen Wochen wird sogar mehr angebunden als eingelegt. Der wirtschaftliche Niedergang muß aber nothwendig auch einen politischen Rückslag auslösen und deshalb verdient die Lage Frankreichs allseitige Beachtung. — Der Anziner Streit ist nach 50-tägiger Dauer beendet. Die Bergleute, deren Mittel erschöpft sind, haben beschlossen, die Arbeit zu den Bedingungen der Gesellschaft wieder aufzunehmen.

Paris, 16. April. Die Einnahme von Honghoa wird durch offizielle Depeschen des kommandirenden Generals und durch Privattelegramme bestätigt. Mit Honghoa, das die Vertheidiger übrigens nur so lange zu halten entschlossen waren, als ihre Rückzugslinie nicht bedroht war, ist nun der letzte Waffenplatz in dem kultivirten Theile von Tonkin ihnen entzogen.

Dasselbe Vertheidigungssystem, (so meldet General Millot aus Honghoa, 14. April, Morgens), welches bei Bacninh angewendet war, war auch in Honghoa besetzt. Die Vertheidigungsarbeiten von Honghoa waren nach allgemeiner Ansicht eben so solide und vollständiger als die von Sontay. Europäer hätten sie nicht besser ausführen können. Eine Redoute mit doppelter Feuerlage war mit der Festung durch einen gedeckten Weg verbunden. Sie stützte sich auf eine Anzahl defachter Werke, aber die Positionen waren berechnet auf den Widerstand gegen eine Artillerie von geringem Kaliber und schwacher Tragweite. Die Wirkung der Geschüze von 80 und 95 waren erschrecklich. Mehrere Werke sind vollständig gesprengt und durch Granaten über den Haufen geworfen. Eine Brigade ist bis Dang Nuang vorgedrungen und hat die Hauptfestung des anamitischen Prinzen Hang Ké Bi in dem Eddoden gleich gemacht. General de Negrier soll den Feind verfolgen und das Land zwischen dem Schwarzen und dem Roten Flusse säubern. Unsre Verluste beschränken sich auf einen Todten und vierzig Mann, die beim Übergange über den Schwarzen Fluß ertrunken sind. Wir sind unbedingt Herren des Landes.

In seiner Rede zu Cahors erklärte Jules Ferry bezüglich Tonkina, daß die militärische Aktion durch die Einnahme von Honghoa beendet sei und verlas eine diesbezügliche Depesche des Generals Millot. Frankreich habe als Demokratie in Europa einen schweren Standpunkt, müsse aber im europäischen Konzert mitwirken, da sonst das Gleichgewicht argen Schaden erleiden würde. Das französische Volk müsse der Regierung die Aufgabe dadurch erleichtern, daß es mit allen Mitteln deren Bestand sichere. Frankreich verdanke seine geerbte Stellung in Europa dem vom Parlamente der Regierung entgegengebrachten Vertrauen. Der Ministerpräsident kam nun auf seine Rede in Havre zurück und bedeutete, daß er deren Konsequenzen vollkommen gut sehe. Die Republik sei die Regierung aller Parteien, aber nicht die der Intransigenten, und er wiederholte dabei sein schon früher geäußertes Wort: „Die Republik wird die Republik der Bauern sein oder sie wird überhaupt nicht sein.“ Heute habe die Republik schon im Bauernlande Wurzel gefaßt, und das sichere deren Existenz. Bezüglich der Verfassungsrevision gab Herr Ferry die Versicherung ab, er werde in der nächsten Zeit die Kommunen mit dieser Angelegenheit beschäftigen, wünsche und vertrete einzig nur eine beschränkte Revision. Für die Gemeindewahlen vom 4. Mai hoffte Herr Ferry auf einen glänzenden Sieg der Republikaner, wünschte aber, daß die Politik dabei aus dem Spiele gelassen werde. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde oft durch lang anhaltenden Beifall unterbrochen.

Großbritannien und Irland.

London, 16. April. Die Opposition gegen den zwischen England und Portugal geschlossenen Congovertrag verschärft sich mit jedem Tage und der Vertrag wird voraussichtlich vor seiner Ratifikation, wenn es überhaupt dazu kommt, im englischen Unterhause zum Gegenstande lebhafter Debatte gemacht werden. In einer an die „Times“ gerichteten Zuschrift lenkt

Bostoner Sinfoniekapelle ist 70 Mann stark und die persönliche Schönung eines reichen Amerikaners, der für Musik gleichmäßig begabt wie begeistert ist. An Henschels Stelle ist Herr Kapellmeister Gercke aus Wien für 5 Jahre gewonnen worden. An Gercke's Stelle wird Kapellmeister Sucher aus Hamburg treten. Mit ihm wird wohl auch gleichzeitig die allbeliebte und vielbegüte Prirodona der Hamburger Oper, Frau Rosa Sucher an die Wiener Hofoper überstiegen und Pollini, der bekannte Theater-Sänger und Stimmsänger, der schon wieder einen neuen Bariton, Herrn Cordes, seines Zeichens ein Schloß (nur die Tendre sucht er unter den Droschkenfischern) entdeckt und engagiert hat, wird Mühe haben, eine würdige Nachfolgerin zu finden; für Hamburg ist übrigens auch Herr Hof-Opernsänger Stanigl (Bariton) aus Karlsruhe auf 5 Jahre engagiert worden. Herr Julius Stockhausen, vom Konservatorium in Frankfurt a. M., hat mit dem 1. April wieder eine eigene Gesangsschule gegründet. Herr Julius Kniele, seinerzeit als Leiter des Gesangvereins in Glogau, weitbekannt und genannt, der dann die Leitung des Röhrischen Gesangvereins in Frankfurt übernahm, siedelt von hier nach Aachen über, woselbst er zum städtischen Musikdirektor ernannt worden ist. Herr Emil Glaur, Direktor des Frankfurter Stadttheaters, ist auf weiter 5 Jahre mit diesem Posten betraut worden und für denselben Zeitraum ist auch Frau Lüger eine unserer ersten Altistinnen, die auch eine kurze Zeit in Berlin war, aber dann der leider schon vor Amtsantritt ihres Engagements verstorbenen Reicherkindermann aus dem Wege ging, mit 24 000 Mark für Frankfurt gewonnen worden. Auch in Berlin haben mehrere neue Engagements stattgefunden, zumeist Kräfte, die mit der Zeit sich noch voll zu entwickeln versprechen, wie nennen den Tenoristen Paul Kalisch, den Sohn des bekannten Schriftstellers, Fil. v. Chilian, eine jugendliche Alpinistin, die während der laufenden Saison in Lübeck engagiert war und Fil. Leisinger, die aus schlechten Anfängen heraus als Rosine im „Barbiere“ sehr für sich zu gewinnen verstand.

Paul d'Albert, der berühmte junge Pianist und Komponist fährt fort, das hohe Interesse der Kunstmürenden an seine Person zu festeln und in der jungen Violinistin Seulrath erfreut Fil. Terejina Tua eine Rivalin, die in dem Maße gefährlich werden dürfte, als echte Kunst über zeitliche Zierlichkeit und das Urteil bestechende launische Launigkeit allmäßig siegen muß. Für Deutschland eine Celebrität neuesten Datums ist der Tenorist Mierwinsky, Mitglied der italienischen Oper in Wien, der am 24. März als Arnold in „Wilhelm Tell“ einen geradezu phänomenalen Erfolg hatte, und der mit jenem echten Wachtelischen Brustton auch alle die Eigenschaften verbinden soll, die die dem darstellenden Künstler zur Zierde gereichen. In Berlin soll man Alt von diesem durchschlagenden Erfolge genommen und den Sänger zu einem Gastspiel aufgefordert haben, welches vorläufig aber fraglich ist, da Herr Mierwinsky nur italienisch singen will. Jedoch überkommt einen bei dieser Gelegenheit wieder einmal das tröstliche Gefühl, daß unser Herrgott die echten Tendre doch noch nicht ganzlich aussterben läßt.

Mr. W. C. Forster, der ehemalige Staatssekretär für Irland, die Aufmerksamkeit auf die von Lord Granville im Oberhause abgegebene Erklärung, daß, ehe der Vertrag in Wirklichkeit treten könne, die Anerkennung desselben seitens anderer Mächte unerlässlich sei. Da, wie er bemerkt, Grund für die Annahme vorhanden sei, daß diese Anerkennung seitens anderer Mächte noch auftrete, sollte folglich die Ratifikation des Vertrages auf alle Fälle verzögert werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. April. Die bereits telegraphisch in Kürze signalisierte gegen Aleko Pascha gerichtete Note des „Journal de St. Petersbourg“ hat folgenden Wortlaut:

Die Machtbefugnisse des General-Gouverneurs von Ost-Rumelien sind auf dem Punkte abgelaufen, die Presse beschäftigt sich mit der Wahl des Nachfolgers, welche von den Signatar-Mächten des Berliner Traktats bestätigt werden muss und man hält hinzu, daß Russland sich der Erneuerung der Machtbefugnisse ihres gegenwärtigen Inhabers auf weitere fünf Jahre widerstreben erwarte. Thatsache ist, daß Aleko Pascha nicht den Erwartungen entsprochen hat, die man in ihn zu setzen das Recht batte und wir werden wahrscheinlich nicht dementirt werden, wenn wir konstatiren, daß er nicht die loyale und korrekte Haltung beobachtet hat, die man von ihm erwarten durfte, als jüngst erst die — jetzt fast ganz gestillte unionistische Bewegung stattfand, die man in Ost-Rumelien und in Bulgarien zu unterhalten versuchte, und als thörichte Gerüchte verbreitet wurden, die diese Agitation russischen Agenten zur Last legten. Nun war aber Niemand besser als der General-Gouverneur im Stande, den Ursprung dieser Agitation zu erkennen. Wenigstens hatte er die Mittel um zu erfahren, daß sie leineswegs durch die Agenten der kaiserlich russischen Regierung ermuthigt wurde und er wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn diese, sobald sie ihre Stimme zur Wahl eines neuen General-Gouverneurs abgegeben hat, nicht genügt ist, diese wichtigen Machtbefugnisse in seinen Händen zu lassen. Es ist übrigens kein Zweitel, daß die Mächte sich über die Wahl eines neuen General-Gouverneurs einigen werden, welcher die gewünschten Garantien einer guten und loyalen Administration bietet und die Absicht hat, in den Genen seiner Vollmachten zur Aufrechterhaltung der Friedens und der Ruhe im Orient und zur Entwicklung und zum Gedeihen der ostromelischen Bevölkerung beizutragen.

Von anderer Seite, nämlich aus bulgarischer Quelle, berichtet in ferner das „Echo“, der russische Botschafter Geheimrat Neliwo habe der Auftrag erhalten, der Pforte, aber nicht offiziell, zu verstehen zu geben, daß Russland eine Wiederernennung Aleko-Pascha's zum General-Gouverneur von Ost-Rumelien, nicht wünsche. Russland stelle als Kandidaten für diesen Posten Gabriel Effendi Christowitsch, zur Zeit General-Sekretär in Ost-Rumelien, auf. Der Kandidat der Pforte sei dagegen Rustem-Pascha; eine Kandidatur, die auch England und Italien genehm sei, während Frankreich, Österreich, Deutschland Aleko-Pascha unterstützen.

Petersburg, 16. April. Die Konsekration der neuvernannten fünf römisch-katholischen Suffragan-Bischöfe wird, wie der „Kraj“ hört, in Petersburg im Laufe des Monats Juni stattfinden. Früher würde es nämlich kaum möglich sein, die mancherlei noch ausstehenden Formalitäten zu erledigen. Bis jetzt sind weder die päpstlichen Bullen eingetroffen, noch die durch den Gebrauch geheiligten monarchischen Geschenke vorbereitet. Die Konsekration selbst wird der Metropolit Gintowt unter Assistenz des Bischofs von Luzk-Shitomir, Koslowksi, und des Suffraganbischofs der Diözese Tiraspol, Cera aus Saratow, vollziehen.

Petersburg, 16. April. Zum Zweck der Erleichterung und Verstärkung des Exportes von Baku-Petroleum aus Russland sind, der „Now Wrem.“ aufgegangen im laufenden Monat mehrere neue Maßregeln ergripen worden. Nach einer Übereinkunft mit den deutschen Regierungsbahnen werden auf diesen Biskett-Waggons nach dem Muster der auf den russischen Bahnen gebrauchten eingeführt so daß auf der Grenz das Petroleum nicht erst in große Sammelbassins

ausgegoschen zu werden braucht, sondern direkt aus den russischen Waggons in die deutschen umgeschüttet werden kann. Für den Transporz von Zarizyn nach Endkuban soll ein ganz billiger Tarif (9 Kop. vom Wagen pro Meter) zur Geltung kommen und auch auf den deutschen Bahnen soll der Tarif für russisches Petroleum herabgesetzt werden.

China.

* Die Degradierung der fünf Mitglieder des großen Rates bestätigt sich nun auch durch eine vom Peking-Auswärtigen Amt bei den chinesischen Gesandtschaften in Europa eingetroffene telegraphische Anzeige. Darnach sind degradirt, ihrer Würben und Amter entkleidet und entsezt: 1. Prinz Kong (der „Chenvolle“), „sechster“ Prinz des kaiserlichen Hauses, Mitglied des höchsten kaiserlichen Familierrates, Chef des höchsten großen Rates und des Amtes für auswärtige Angelegenheiten &c.; 2. Wung-Tung-Ho, Minister für öffentliche Arbeiten (Bauten) und seit sieben Jahren Lehrer des regierenden Kaisers; 3. Djin-Lien, Mandchu-General und oberster Chef der 8. mongolischen Division mit dem blauen Banner; 4. Li-Hung-Tsau, Mitglied des Obersten Zensorates für Etikette, Ceremonien und sonstige „Gesetzes“-Angelegenheiten (eine Art kaiserliches Haushof-Ministerium), und 5. Bau-Djün, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, der Finanzen und erster Minister im erwähnten Zensorat. Falsch ist die aus Shanghai verbreitete Nachricht, daß Prinz Tschun, der Vater des Kaisers, an Stelle des Prinzen Kong zum Chef des Amtes für auswärtige Angelegenheiten ernannt wurde. Zum Nachfolger des Prinzen Kong in diesem wichtigen Amt ist nach der vorewähnten Quelle Prinz (D.) Koang-Bele („Bele“) ist die Benennung für Prinzen zweiter Generation, d. h. Kinder nicht regierender Kaiser) ernannt worden, wodurch die bereits früher ausgesprochene Vermuthung, es handele sich bei diesen Vorgängen um eine Machverschiebung innerhalb des kaiserlichen Palastes zu Gunsten des Prinzen Tschun, wobei die tonkinische Angelegenheit nur die Rolle eines Deckmantels spielt, von Neuem bestätigt wird. Der neue Leiter des auswärtigen Amtes, Prinz Koang-Bele, ist der vertraute Anhänger Tschun's und ein Gegner des degradirten Prinzen Kong. In demselben Sinne ist auch die Thatsache zu deuten, daß Wung-Tung-Ho, der Lehrer des jüngsten Kaisers und die zur Kriegsleitung gehörigen Djin-Lien und Li-Hung-Tsau das Schicksal des Mannes des Friedens- und Reform-Prinzen Kong, um dessen Beseitigung es sich hauptsächlich gehandelt zu haben scheint, thellen mußten.

Amerika.

* Der Aufstand auf Cuba wird von Madrid aus bezeichnungsweise als höchst unbedeutend dargestellt. Daß die Steuerung des Insurgentenführers Aguero und seiner Schaar noch nicht beendet geworden ist, scheint indessen unwesentlich. Die aus nichtpanischen Quellen stammenden Meldungen gewinnen dadurch an Wahrscheinlichkeit. So besagt eine in englischen Blättern vorliegende Depesche aus Newark vom 13. April:

Ein Telegramm aus New York meint, daß dort eine neue kubanische Freibeuter-Expedition organisiert wird. Die Behörden sind auf ihrer Hut. Seesoldaten patrouillieren in gestriger Nacht die Stadt und das Festland ab, während Zollfutter längs der Küste kreuzen. Nach Berichten aus submanischen Quellen ist General Aguero mit seinem Anhänger im Bayamogebirge, welches einst die Baste der jüngsten Rebellion war, angelangt. Die Freischaren haben mehrere Steuerstellen geplündert. Sie waren allemal siegreich und wurden gut aufgenommen. Auf dem Marsche von der Küste erhielten sie unschätzliche Beistellungen.

Die spanische Regierung könnte demnach leicht Schaden nehmen, wenn sie der Sache jede Bedeutung abspäte. Allerdings

dass gegen amerikanische Autoren in den auswärtigen Staaten ähnlich verfahren wird; der fremde Autor würde dadurch in alle seinem amerikanischen Kollegen zustehenden Rechte einrücken. Alle Kreise in Amerika begrüßen diesen neuesten Schritt mit Freude; natürlich tauchen auch ängstliche Modifikationsvorschläge auf. So wären wir denn gegen das ferne Amerika bald günstiger gestellt als gegen das nahe Holland, welches seinen geistigen Zusammenhang mit Deutschland zunächst in einer unbeschränkten willkürlichen Ausübung deutscher Geistesprodukte sucht und findet. Da scheint es doch selbst in Russland gerechter zu sein, wo jüngst in Moskau ein Theaterdirektor mit 3 Monaten Buchhaus bestraft wurde, weil er ohne Genehmigung der Komponisten 6 Operetten aufgeführt hatte. Manche Komponisten scheinen übrigens auch eine streng rechtliche Form der Wiedergabe ihrer Werke zu erschweren, wie denn beispielweise die Theater-Agentur von A. Ecks in Berlin die Vertretung für französische Operetten und Opern ganz aufgegeben hat wegen unmäßig hoher Anforderungen der Komponisten. Eine nachahmenswerthe Anordnung ist im Wiener Opernhaus getroffen worden, wonach die Überreichung von Klänzen und Bouquets an die Darsteller vom Orchester aus nur bei Gästen und bei besonderen feierlichen Gelegenheiten erfolgen darf, um die oft recht unangenehme Störung der Orchestermitglieder zu vermeiden. Eine interessante Neuerung ist aus Newark zu berichten; datelbst bat der bekannte Operett-Dirigent Thomas „Concerte für die Jugend“ angesetzt. Sicherlich ist der Sache eine gute pädagogische Seite nicht abzusprechen, nur hängt der ganze Erfolg von der richtigen Auswahl der Stücke und davon ab, daß gute, leicht verständliche Musik echt und voll geboten wird. Zwei solcher Konzerte haben schon stattgefunden und waren für der Anwesenden auch wirklich junge Leute im Alter von 10—16 Jahren; das Programm des zweiten dieser Konzerte, Ballettmusik aus „Orpheus“, Larghetto aus Beethoven's VIII. Sinfonie, Ouvertüre zu „Tell“ und Lieder von Schumann, läßt allerdings vermuten, daß die bekannte Freilufttheater der amerikanischen Jugend vielleicht etwas zu optimistisch auch auf musikalischem Gebiete verfügt worden ist. Die kleinen Leute dem Sinne der Musik leicht folgen, sie bemüht lernen und gleichzeitig freudig anregen zu lassen, dafür bieten Haydn, Mozart und andere Klassiker reiche Ausbeute; sie vermögen in erster Linie die gefundene Idee ihren musikalischen Odem einzublaufen. Um unseren Bericht mit einigen strahlenden Notizen abzuschließen, sei erwähnt, daß im Theater Carlo zu Madrid die erste elektrische Beleuchtung in Spanien eingeführt worden ist; die übrigen Bühnen Europa's sind nach der zeitlichen Reihenfolge ihrer Verwendung des elektrischen Lichtes folgende: Landestheater zu Brünn (9.0 Lampen), Theater Bijou in Boston (650), National-Theater in München (750), Königliches Theater in Stuttgart (500), National-Theater in Prag (1600), Manzini-Theater in Rom (280), die Scala in Mailand (300); alles dies seit November 1882. Die nächsten 2 Jahre dürften wohl diese Liste sehr stattlich vermehren und in 4 Jahren ist es vielleicht praktischer, diejenigen Bühnen anzuführen, bei denen die Neuerung noch nicht eingeführt ist. th.

Aufschne nach ist der Aufstand von langer Hand vorbereitet. Bereits seit längerer Zeit hatte sich ein Revolutionskomitee gebildet und es waren mehrere Proklamationen, darunter auch eine an die farbige Bevölkerung erlassen worden, die zur Erhebung aufforderten.

Parlamentarische Nachrichten.

Der vom Abgeordneten Dr. Hammacher erstattete Bericht der Rechnungskommission des Abgeordnetenhauses über die Staatsentnahmen und Ausgaben für 1882/83 weist zur Bedeutung der Finanzlage in jenem Jahre darauf hin, daß demelbst aus 1880/81 ein Überschuss von gegen 29 Millionen Mark zu Gute kam, welcher im Grunde nichts war, als der nicht verwendete Theil einer aufgenommenen Anleihe. Lebhaft wurde im nächsten Jahre aus 1881/82 ein Überschuss übernommen, welcher sich aus einer Anleihe herstieß. Die Kommission erachtete es für notwendig, die Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses auf diese Thatssache zu lenken, ohne der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie die nach dem Staatsbaustatut vorgesehenen Anleihen rechtzeitig begiebt. „Es lasse sich allerdings denken“, heißt es in dem Berichte, „daß die Staatsregierung von der ihr nach dem Staatsgeiste gewährten Befugnis zur Begebung von Anleihen keinen oder nicht den vollen Gebrauch mache, wenn sie die Überzeugung gewinne, daß wegen veränderter finanzieller Verhältnisse das Bedürfnis entfalle, — und es müsse der Landesvertretung vorbehalten bleiben, je nach Lage des Falles, sowohl wenn die Benutzung des Kredits trotz klaren Mängels eines Bürorathes erfolge, als auch, wenn dieselbe unterbleibe, ihre verfassungsmäßigen Rechte der Regierung gegenüber auszuüben. Die Begebung der Anleihe vom 1. Mai 1880 biete aber nach der Ansicht der Kommission keine Veranlassung, nähere Erklärungen von der Staatsregierung zu erfordern.“ Es werden sodann mehrere Punkte bezeichnet, in denen die gegenwärtig beobachteten Finanzgrundsätze in der Kommission zu Bedenken Anlaß geben. So erwähnt der Bericht, daß Einnahmepositionen des Ordinariums im Grunde genommen sich nicht zur Bedeckung der laufenden und regelmäßigen Verwaltungsbürokratie eignen, weil und soweit sie sich aus den Erträgssummen einer Substanzabzehrung bilden. Dahin gehören u. A. die Einnahmen aus den Rückzahlungen des sogenannten Notstands-Darlehns, die Amortisationsbeträge abgelöster Domänenrenten und die Eingänge aus dem Verkaufe von Domänen- und sonstigen Staatsgrundstücken, welche nicht gleichzeitig zur Staatschuldentlastung verwendet werden müssen. „Die fehlende Art der staatsmäßigen Behandlung und Verwendung beruft allerdings auf Herkommen und theilweise auf Gesetz. Ob es indessen richtigen Grundsätzen der Staatsökonomie entspricht, insbesondere solche Einnahmen für verdeckte Daseins- und Rente, zu deren Erwerbung der Staat mittels Anleihen beschaffte Mittel verwendete, auf die Dauer als Einnahmiquellen zur Befriedigung der laufenden Staatsausgabenbedürfnisse anzusehen und zu behandeln, verdient die ernste Beachtung der Landesvertretung. Sedenfalls kann die eigene Verwendungsgewohnheit nicht außer Acht gelassen werden, wenn es sich um die im Landtag von Jahr zu Jahr beschäftigende Frage handelt, ob und wieviel die vorhandenen Staatseinnahmen nach richtigen Finanzgrundsätzen für eine geordnete und den Bedürfnissen des Landes entsprechende Verwaltung ausreichend sind.“ Unter diesem Gesichtspunkt wurden namentlich auch gegen die bei der Verwendung der Eisenbahnüberfälle beobachtete Methode Bedenken erhoben. Es handelt sich hierbei um die Ausführung des Gesetzes vom 27. März 1882, die sogen. finanziellen Garantien betreffend. Nach der in den Kommissionsverhandlungen hervorgetretenen Auffassung hätte die Regierung in weiterem Umfang, als geschehen, die U. b. Fristen zur Tilgung der Eisenbahnkostendebt dem Verrechnung auf Eisenbahnverleihbedarf verwenden müssen. Die Kommission verfolgte die Sache, aber nicht weiter, weil das Plenum gegen die Verrechnungsweise bei der Beschlusssitzung über den Stet vom 1884/85 keine Einsprache erhoben hat und weil überdies das Gesetz vom 27. März 1882 voraussichtlich zum Zwecke größerer Klärung der gesetzgerichtlichen Absicht einer Revision zu unterziehen sein wird.

Kongress der deutschen Gesellschaft für Chirurgie.

Der Kongress hatte schon am Dienstag, dem Vorabende der Eröffnung, eine Reihe von freunden Chirurgen in dem Hotel du Nord zusammengeführt, die von ihren Berliner Kollegen in freudigem Geiste begrüßt wurden. Neben auch mehrere hervorragende Vertreter wie Tietz, Leipzig, Billroth, Wien, Lücke, Straßburg, Gussenhauer, Prag u. A. m. so waren doch erschienen Geb. Rath Eschrich-Kiel, Geb. Rath Boßmann und Olshausen-Halle, Prof. Paul Bruns, Tübingen, Prof. Kracke-Freiburg, Prof. Huelicke, Krakau, Geb. Rath König-Göttingen, Geb. Rath Germyn-Heidelberg, Geb. Rath Credé und Prof. Benno Schmidt-Leipzig, Geb. Rath Hagedorn-Wagdeburg Prof. Ude-Braunschweig, Prof. Ranke-Groningen, Prof. Dalton-Aberdeen, der Direktor des allgemeinen Krankenhauses in Hamburg-Schede, mehrere Amerikaner, Prof. Kiessling aus Boston und der für Chirurgie und Militär-Chirurgie hoch verdiente Generalarzt des sächsischen Armeekorps Dr. Roth, auch diesmal Seitens seiner Regierung delegiert. Die Berliner Chirurgen sind natürlich ziemlich vollständig beisammen; an ihrer Spitze Exzellerz v. Langenbeck, den wir uns noch nicht gewöhnen können, als Freunden ansehen, neben ihm Geb. Rath v. Br.mann, Prof. Küster, Jul. Wolff, P. Güerod, dirigierender Arzt Dr. Hahn u. A. m. Der jetzige Senior der Berliner Chirurgie, Geb. Rath Bardeleben ist durch eine Reise nach Italien verbündet, an dem Kongress Theil zu nehmen. — Die gleichzeitig ausgegebene Tagessordnung zeigt schon, daß neben einer Reihe von Detailfragen auch prinzipiell wichtige Themen zur Diskussion gelangen werden. So beginnen die Sitzungen am Mittwoch um 12½ Uhr in der Aula der Universität unter guter Ausspannung. Frisch und lebendig wie immer eröffnete Langenbeck und ließ sich freundlich durch Volkmann's Zureden bewegen, den Vorsitz beizubehalten. Als zweiter Vorsitzender wurde Volkmann selbst, als dritter v. Bergmann durch Auktionswahl gewählt. Prof. Küster bleibt Kassenwart und ebenso der langbewährte Prof. Gurlt mit Prof. Schönborn Schriftführer. Ebenso gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Professor Wilh. Baum-Göttingen, Ober-Stabs-Arzt Frenzel und Stephani-Wannheim und des großen Gynäkologen Marion Sims, der, obwohl nicht Mitglied, dem Kongress beigewohnt hat. Zahlreiche Neuaufnahmen erweitern auch wieder die Lebendkraft des Kongresses, der auch finanziell gut fundirt, bald sein Ziel erreichen wird, ein eigenes Haus zu besitzen. Mannigfache Veränderungen werden geplant. Ehrenmitglieder in fest bestimmter Zahl sollen ernannt werden. Ferner dürfen die Versammlungen demnächst in die Pfingstferien verlegt werden, da die Ostferien zu lang sind, als daß sie nicht reizvoll seien durch weitere Aufslüsse dem Kongress untreu machen, was bei den Pfingstferien nicht zutrifft. Damit war das Vorpiel bereit und das erste wissenschaftliche Drama selbst begann.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 18. April. Aus Hanoi wird vom heutigen Tage gemeldet: Von der Verfolgung des Feindes ist Abstand genommen. Die Schwarzflaggen haben sich nach dem Norden von Tonkin zurückgezogen. 5000 Chinesen und annamitische Rebellen, die Reste der Besatzungen von Bacninh und Honghoa erreichten die Provinz Tanhoa durch das Gebirge westlich von Tonkin. Briebe bricht nächstens mit einigen

Bataillonen nach Ninbinh auf, um deren Bewegungen zu beobachten.

Petersburg, 18. April. Die neueste Gesetzesammlung enthält eine kaiserliche Verordnung, wonach der Werth russischer stehender Münze beim Postverband nach Wunsch des Absenders deklariert werden kann, aber nicht niedriger, als der einfache und nicht höher, als der doppelte Nominalpreis derselben. (Wiederholte.)

Charkow, 17. April. In dem Prozeß wegen der bei Beschaffung von Militärzweckwaffen während des Orientkrieges vorgekommenen Unregelmäßigkeiten hat das Militär-Bezirksgericht den früheren Intendanten, Generalleutnant Buschen, der Fahrlässigkeit im Dienst und der zweimaligen Vorlegung falscher und unvollständiger Abrechnungen aus eigenmächtigen Absichten schuldig befunden und den verabschiedeten Obersten Sabo der Fahrlässigkeit und der Überschreitung seiner amtlichen Befugnisse für schuldig erklärt, den Titularrath Wassiliess aber freigesprochen. Den beiden ersten wurden mildernde Umstände bewilligt, gegen Generalleutnant Buschen wurde auf Dienstentlassung erkannt, gleichzeitig aber die Umwandlung dieser Strafe in einen dienstlichen Verweis befürwortet; die gegen Sabo erkannte Arreststrafe wurde als durch das kaiserliche Manifest vom 27. Mai vorjährigen Jahres erlassen erachtet.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

↗ Berlin, 18. April, Abends 7 Uhr.

Das „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht die Genehmigung des Abschiedsgesuches des Herzogs Paul von Mecklenburg, sowie die Ernennung des Generals Rauch II zum Präses der General-Ocdenskommission an Stelle des zur Disposition gestellten Generalleutnants Steineder.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von dem vielbesprochenen Buche des Geheimrath Wagner „Erlebtes“ (Berlin, Verlag von R. Pohl) ist der Schlussband erschienen, welcher wieder eine ganze Reihe interessanter Mittheilungen enthält. — Der Verfasser hat längere Zeit hindurch eine einflußreiche Rolle in unserem politischen Leben gespielt und seine Memoiren bilden daher immerhin ein interessantes Stück Zeitgeschichte. Das Buch ist darum auch für Denjenigen lesenswert, welcher nicht auf dem Parteidokument des Verfassers sieht.

* Im Verlage von Felix Bagel in Düsseldorf ist soeben erschienen: „Chronik der Gegenwart.“ 1883. Herausgegeben von Dr. Ed. Hüsgen. (8°, 490 Seiten, elegant in Kalto gebunden. Preis 6 Mark.) Eine vollständige Chronik der Ereignisse des Jahres 1883 und zwar in einer andern, präziseren Form, als in bisher üblichen Jahrbüchern. In ihm sind nicht nur die nackten Tatsachen verzeichnet, sondern dieselben werden dadurch, daß erläuternde und beurtheilende Stimmen der Hauptorgane der verschiedenen Parteien wiedergegeben werden, gewissermaßen im Spiegel ihrer Zeit dargestellt. Die größte Neuerlichkeit läßt sich erzielen durch die Trennung der einzelnen Hauptgebiete: allgemeine Politik, Kirche und Schule, Volkswirtschaft, Handel und Verkehr, Verwaltungspolitik und — was für den Politiker von Fach besonders von Werth ist — eine Übersicht über Parteibewegung und Parteipolemit im Deutschen Reich.

Locales und Provinzielles.

Posen, 18. April.

d. [Die vielbesprochene Behnke'sche Angelegenheit] hat dadurch ihre Erledigung gefunden, daß das hiesige l. Amtsgericht, Abtheilung für Vermundshaftssachen, seinen früheren Besluß aufgeworfen und dahin resovirt hat, daß die Behnke'schen Kinder im katholischen Glauben zu erziehen seien. Der Richter hatte eine Beweisaufnahme veranlaßt und auf Grund derselben festgestellt, daß es der ausgesprochene Wille des Vaters gewesen, daß seine Kinder katholisch werden.

v. Der Verwaltungsrath des Pestalozzi-Vereins der Provinz Posen berichtet seinen Mitgliedern über seine bisherige Tätigkeit im laufenden Vereinsjahr. Danach sind 35 Personen, worunter 32 Lehrerwitwen, 2 Lehrertöchter und 1 Präparand sich befinden, mit zusammen 772 Mark unterstützt worden. Beabs. Bildung neuer Zweigvereine hat der Verwaltungsrath wieder Anstrengungen gemacht, für die Sache des Pestalozzi-Vereins unter den polnischen Kollegen Boden zu gewinnen; ob dieselben ebenso erfolglos wie im Vorjahr bleiben werden, ist abzuwarten. Da der Verein sich nur auf die Provinz Posen beschränkt, so sind Zweifel darüber entstanden, ob Wittwen, deren Männer Lehrer in anderen Provinzen waren, jetzt aber in Posen wohnen, unterstützt werden dürfen, und andererseits, ob Wittwen ehemaliger Lehrer der Provinz Posen, welche gegenwärtig in anderen Provinzen wohnen, noch ein Anrecht an die diesjährige Kasse haben. Um eine gleichmäßige Behandlung der Gesuche in Posen und in den benachbarten Provinzen herzustellen, sind die Vorstände mit einander in Verbindung getreten. In Ost-, Westpreußen und Brandenburg ist die Angelegenheit bereits geregelt und werden dort grundsätzlich Unterstützungen nur Hinterbliebenen ehemaliger Vereinsmitglieder gewährt, auch siebt wenn sie auswärts wohnen; dagegen bleiben Hinterbliebene von Lehrern anderer Provinzen unberücksichtigt. Die Provinzen Schlesien-Pommern und Posen werden der Frage in der nächsten Generalversammlung näher treten. Ferner unterbreitet der Verwaltungsrath den Zweigvereinen die Frage, ob der § 1 des Statuts dabin abgeändert werden soll, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab nur Hinterbliebenen von Lehrern der Provinz Posen, sofern diese Mitglieder des Vereins gewesen sind, unterstützt werden dürfen und event. welcher Zeitpunkt als der geeignete hierzu festzustellen sei. Bisher sind auch solche Lehrerwitwen unterstützt worden, deren Männer vor Gründung des Vereins — also vor dem Jahre 1863 — verstorben sind. Da aber die dauernde Leistungsfähigkeit des Vereins dadurch bedroht wird, so sei eine Einschränkung des Paragraphen erforderlich. Endlich werden die Zweigvereine um rechtzeitige Einwendung der Verwaltungsberichte, sowie der fälligen Beiträge nebst den Mitgliederverzeichnissen erucht.

* Die gestrige Vorstellung im Stadttheater („Mit Vergnügen“ zu ermäßigten Preisen) hatte eine solche Menge Schauspieler und Lachluster angezogen, daß viele an der Kasse ohne Billet umzudenken mußten. Aus diesem Grunde hat die Direction eine nochmalige Wiedervorstellung des Schwankes zu ermäßigten Preisen für Montag, den 21. d. Monats angekündigt.

r. Nicht Torquemada, sondern Arbuz. Der „Kurzer Poim“, meinte neulich in seiner gegen den biegsigen Kunstverein gerichteten Losfahrt: Der auf den biegsigen Ansichtsäulen mit dem Heiligen scheine Dargestellte sei der Grohinqnitor Torquemada. Das ist jedoch nicht richtig, der Dargestellte ist vielmehr der Inquisitor Peter Arbuz, und zwar ist der rob ausgeführte Holzschnitt eine Kopie nach dem berühmten Bilde von W. v. Kaulbach: „Peter Arbuz von Epila verurtheilt eine Kreuzfamilie zum Tode.“ Peter Arbuz, geboren im Jahre 1441, einer der schrecklichen Genossen Torquemadas, welcher viele Tausende spanischer Edlen und deren Familien auf den Scheiterhaufen gebracht hat, wurde im Jahre 1485 wegen seines furchtbaren Bestrafens ermordet. Der Umstand, daß Peter Arbuz in dem Jahre 1868 durch Papst Pius IX. bestiglich geworben und damit gewissermaßen auch die von demselben veranlaßten Kreuzverbrennungen sanktioniert wurden, veranlaßte Kaulbach zu seinem berühmten Bilde, dessen Karikatur in den Jahren 1871 an vielen Orten, so z. B. auch in Dresden, ausgestellt war. Arbuz ist auf demselben wegen der Heiligensprechung mit einem Heiligenchein versehen. Selbstverständlich hat dieses Bild dem berühmten Maler zahlreiche Angriffe seitens der Ultramontanen eingetragen.

f. Die Krankenkasse der Fleischergesellen kann nach einer Verfügung der königlichen Regierung vom 26. März cr. zwar fortbestehen, es muß jedoch ein neues Statut errichtet werden, welches den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, entspricht. Zur Wahl von Vertretern, mit welchen das neue Statut berathen werden soll, war am 17. d. M. eine Generalversammlung berufen, in welcher die Herren Fleischermeister Menzel und Grzyzczynski, die Gesellen Gryziel, Thiel, Kaczowski, Sielawski und Lewitt als Vertreter gewählt worden sind.

f. Böttcher-Innung. Die Mitglieder dieser Innung hielten am 17. d. M. eine Generalversammlung ab, in welcher der Entwurf zu einem neuen Innungsstatut berathen und angenommen wurde. Das neue Statut schließt sich im Allgemeinen dem Normalstatut an. Daselbe bestimmt, daß die Innung den Namen „Böttchermeister-Innung zu Posen“ führen soll. Ihr Sitz ist in der Stadt Posen, der Innungsbereich ist dagegen auf den Polizeibezirk der Stadt ausgedehnt. Als Zwecke der Innung sind angegeben die Verfolgung des Gewerbebetriebes der Innungsmaster und der Gesellen derselben, die Abhaltung von Gesellen- und Meister-Prüfungen und Ausstellung von Zeugnissen darüber, die Errichtung einer Vorschuskasse für die Innungsmaster, die Errichtung einer Sterbekasse für die Innungsmaster und deren Angehörige und die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung der im § 120a der Gemeindeordnung bezeichneten Streitigkeiten zwischen den Innungsmastern und ihren Gesellen. Zum Eintritt in die Innung ist jeder Großbürger berechtigt, wer der das Böttchergewerbe selbstständig betreibt, sich im Beisein der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, nicht in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist und den an die Mitglieder der Innung in Bezug auf ehrenhafte Veränderungen und ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb zu stellenden Anforderungen genügt. Der Aufzunehmende muß nach ordnungsmäßig zurückgelegter Lebzeit und abgelegter Gesellen-Prüfung ausgeschrieben, mindestens 3 Jahre als Geselle im Böttchergewerbe beschäftigt gewesen sein und die Meister-Prüfung vor der Innung abgelegt oder einer anderswo beübenden Böttcher-Innung als Mitglied angehört oder endlich mindestens zwei Jahre lang das Böttchergewerbe selbstständig mit Gesellen betrieben haben. Die Meister-Prüfung wird der Innungsvorstand abnehmen. Die Aufnahme der im Großbetriebe für Böttcherei beschäftigten Werkmeister ist zulässig. Aufnahme-Gesuche sind an den Vorstand zu richten, welcher darüber entscheidet. Jedes neu eintretende Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 20 M. an die Innungskasse zu zahlen. Der laufende Beitrag ist auf vierteljährlich 25 Pfennige festgesetzt; auf Besluß der Innungsvorstand können außerordentliche Beiträge ausgeschrieben werden. Außerdem zahlt jedes Mitglied an die Unterstützungs- und Sterbekasse vierteljährlich 25 Pf.; aus dieser Kasse erhalten die Hinterbliebenen eines verstorbenen Innungsmitgliedes eine Unterstützung von 30 Mark. Die Innungsvorstand ist durch die Generalversammlung, den Vorstand, den Ausschuss für das Gesellen- und Hergbergswesen und das Lehrlingswesen zu verwalten. Der Vorstand besteht aus dem Obermeister und 4 Mitgliedern, welche von der Innungsvorstand auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden. Gemäßt sind die Herren Böttchermeister Emil Voengé zum Obermeister, Couard Hindelich, Leon Sosolowski, Karl Giebel jun. und Ferdinand Platth zu Vorstandsmitgliedern.

G. Rawitsch, 17. April. [Vom Realgymnasium.] Wie unbegründet die von vielen Seiten gehobte Behauptung war, daß die Schülerzahl unseres Realgymnasiums im Rückgang begriffen sei, bestätigt der Umstand, daß bei der vorigestern stattgefundenen Aufnahme-Prüfung 16 Schüler mehr als im vorigen Jahre aufgenommen werden konnten.

v. Rogasen, 17. April. [Prüfung.] Stern fand hierfür eine öffentliche Prüfung in der Joachim-Jonas'schen jüdischen Religionschule statt. Es batte sich ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden, das von den durch Herrn Jonas im Unterricht des hebräischen erzielten Erfolgen außerordentlich beeindruckt wurde. Kinder von 6 bis 7 Jahren konnten geläufig hebräisch lesen und übersetzen und waren selbst in Grammatik gut beschlagen. Herr Jonas wurde demgemäß seitens des Vorstehers des biegsigen jüdischen Unterichtsvereins Herrn H. M. Bradt in beredten Worten der wohlverdiente Dank am Schlusse der Prüfung ausgesprochen.

g. Intröschin, 17. April. [Feuer. Klassensteuerrolle. Preis des Schatz- und Wirtschafts- und Landwirtschaftlichen] Gestern in der Mittagsstunde brach in dem biegsigen Kreise belegenen Dorfe Wydwan Feuer aus, welches in kurzer Zeit sechs Wirtschaften in Flammen geworden, indem ein 14jähriges Mädchen die einzige Tochter ihrer Mutter, einer Ausländerwitwe, aus dem brennenden Stalle retten wollte und dabei in den Flammen umfiel. — Die von der Regierung auf 1218 M. festgesetzte Klassensteuerrolle pro 1884/85 hat bis zum 15. d. M. im Magistratsekubus während der Dienststunden zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen ausgelegen. Die Reklamationsfrist endet mit dem 31. Mai. Der Tag der Behandlung der Steuerzahlausforderung ist für die in der Rolle enthaltenen Personen auf den Tag des Beginns der Reklamationsfrist ohne jeden Einfluß. — Während die Preise für Mittelschweine sehr mäßig sind, sind junge Kerle im Preis außerordentlich gestiegen. Man zahlt gegenwärtig für das Paar 8 bis 10 Thaler. — Trotz der gegenwärtig herrschenden kalten Witterung ist die Aussaat der Kartoffeln in vollem Gange und der Stand der Saaten ein sehr befriedigender.

v. Tirschtiegel, 17. April. [Denkmal. Selbstmord.] Nach Schluß des Hauptgottesdienstes wurde am ersten Osterfeiertage auf dem biegsigen evangelischen Kirchhofe das vom im vorigen Jahre hier verstorbenen Superintendenten Schober von der Kirchengemeinde gefeierte Denkmal eingeweiht. Dasselbe besteht aus einem in dem Atelier des Bildbauers Klug in Posen von sehr schönem schlesischen Marmor auf das Sauberste gearbeiteten Kreuze, welches auf einem aus gleichem Marmor hergestellten Sockel ruht. Die Kosten des Denkmals sind aus freimülligen von einem besonderen Komitee eingesammelten Beiträgen der Gemeindemitglieder bedeckt worden. Das Denkmal ist bis jetzt das schönste auf dem biegsigen Kirchhofe. Sein Gewicht beträgt 10 Zentner. — Vorigestern entrückte sich unweit des Dorfes Rybojadel in der Obera ein schon zum zweiten Mal aus seiner Garnison Posen deirter Soldat des 99. Infanterie-Regiments, aus Stolp bei Bützow gebürtig. Derselbe sollte von einem berittenen Gendarmen über Tirschtiegel und Bentschen nach Posen transportiert werden. Auf der Obrabrücke bei dem bereits genannten Dorfe Rybojadel kniete der Soldat jedoch plötzlich nieder und stürzte sich loslösend in den Fluß, in welchem er den jenenfalls gesuchten Tod fand.

Militärisches.

Personal-Veränderungen im V. Armee-Corps. von Stresow u. v. Walter-Crone, Unteroffiziere vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpr.) Nr. 7, zu Portepeefähnlichen befördert. v. Tressow, Unteroffizier vom 1. Schles. Dragoner-Regt. Nr. 4, v. Prützwick und Gaffron. Unteroffizier vom Pos. Ulanen-Regt. Nr. 10, zur Portepeefähnlichen befördert. v. Krieger, Premier-Lieutenant vom Poi. Ulanen-Regt. Nr. 10, à la suite des Regts. gestellt. v. Jeehe, Prem.-Lieut. vom 1. Schles. Dragoner-Regt. Nr. 4, scheidet aus und tritt zu den Reserve-Offizieren des Regts. über. Baron v. Burghausen, Oberst z. D. aulegt Beirats-Kommandeur des 2. Bata. Muskau 1. Westpr. Landwehr-Regt. Nr. 6, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 8. Westfäl. Inf.-Regts. Nr. 57 ertheilt. Legidi, Bizefeldweibel vom Landwehr-Bat. Lauban, zum Seconde-Lieut. der Res. des 2. Schles. Grenadier-Regts. Nr. 11 befördert. Olbrich, Bizefeldweibel vom Landwehr-Bat. Hirschberg, zum Seconde-Lieut. der Reserve des 1. Pos. Inf.-Regts. Nr. 18 befördert. v. Rosenberg, Generalmajor und Kommandeur der 19. Inf. Brigade, in Genehmigung seines Abschiedsgeluches, unter Verleihung des Charakters als General-Lieutenant mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Winkler, Oberst-Lieut. z. D. und Bezirks-Kommandeur des 1. Bata. (Königlich) 4. Polnischen Landwehr-Regts. Nr. 59, von dieser Stellung entbunden, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 1. Schlesischen Grenadier-Regts. Nr. 11 und unter Verleihung des Kronen-Ordens 3. Klasse. Strange, charakterisirter Portepeefähnrich vom Infanterie-Regt. Nr. 99 zum Portepeefähnrich befördert. Rappmund, Seconde-Lieut. der Inf. vom Landwehr-Bat. Posen, zum Premier-Lieut. befördert. v. Kuronowski, Wachmeister vom Landwehr-Bat. Samter, zum Seconde-Lieut. der Res. des Westpreußischen Ulanen-Regts. Nr. 1 befördert. v. Massow I., Seconde-Lieut. vom Königs-Grenadier-Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, als Kompanie-Offizier zur Unteroffiziers-Schule in Vieblich kommandiert.

S. Das Lehr-Infanterie-Bataillon tritt, wie seiner Zeit im Armee-Verordnungsblatt Nr. 2 Seite 15 bekannt gemacht worden ist, am Sonnabend, den 19. d. in den Kommuns am Neuen Palais bei Potsdam zusammen, woselbst die zum Bataillon kommandirten Mannschaften der gesammelten deutschen Infanterie — außer Bayern — und des Seebataillons bereits am Tage vorher eintreffen. Kommandeur des Bataillons ist der Oberstleutnant v. Obernitz à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Am Freitag wird die Stamm-Kompanie aufgelöst und treten die Mannschaften derselben zu ihren bew. Kompanien zurück.

Z. In Frankreich begann vor Jahren ein Streit darüber, ob das Marschallat, dessen Bestehen, wenn auch unter vielfachen Wandlungen, bis auf die Zeit der Römerherrschaft zurückzuführen ist, ein militärisches Amt, eine Rangstufe oder eine Würde sei. Es wurde im Allgemeinen nicht nur das Letztere zugegeben, sondern auch gelagt, daß das Marschallat eine auf monarchischer Tradition beruhende monarchische Würde sei. Es konnte darum nicht überraschen, daß von den Radikalen mit aller Energie gegen dieselbe zu Felde gezogen wurde. Ende März dieses Jahres, als sich die Kammer mit dem Avancementsgesetz beschäftigte, bat sich diese trotzdem für die Beibehaltung des Marschallats in einer Weise entschieden, die denselben auch einen gewissen Rang giebt. Die französische Armee hat bekanntlich nur zwei Generalsgrade, den des Brigadiers und des Divisionsgenerals (Generalmajor und Generallieutenant). Die ältesten Divisionsgenerale werden zu Korpskommandanten ernannt (in Deutschland besleiden letzter in der Regel den Rang eines Generals der Infanterie oder Kavallerie). Das neue Gesetz verlangt nun, daß der Marschallat ang nur an Divisionsgenerale verliehen werden soll, welche vor dem Feinde eine Armee von mehreren Armeekorps kommandiert haben, oder mit dieser Funktion offiziell beauftragt waren, oder welche die Stellung eines Chefs des Generalstabs besleiden haben. Dasselbe gilt von den Generalen der Artillerie und des Geniekörps, welche Truppen ihrer Waffe mehrerer Armeekorps vor dem Feinde mit Auszeichnung kommandierten. Der Titel „Marschall von Frankreich“ entstand schon vor den Kreuzzügen. Seitdem haben die Zahl der Marschälle und die Bedeutung ihres Amtes oder der Würde häufig gewechselt. Vor der ersten Revolution wurde der Titel „Feldmarschall“ auch den Regimentskommandeuren der Garde verliehen, so daß 1788 sich 506 Offiziere dieses Titels erfreuten! 1791 auf 6 beschränkt, wurde das Marschallat de France 1793 aufgehoben, 1804 von Bonaparte wieder erneut. Nach dem bisher gelungenen Sieg vom 4. August 1839 soll die Zahl der „Marschälle von Frankreich“ im Frieden 6, im Kriege 12 betragen. Von den 15 Marschällen, die Napoleon III. ernannte, lebten jetzt noch drei, Cannebert, MacMahon und Le Boeuf, letzterer wurde am 24. März 1870 ernannt.

In Deutschland hat sich die Marschallswürde wesentlich anders entwidelt, als in Frankreich. Im 13. Jahrhundert nahm sie eine ganz feudale Richtung an, die seitigen (Marschalls-)Hofämter leiten ihren Ursprung in jene Zeit zurück. Im 16. Jahrhundert treten die „Feldmarschälle“, „Generale des reisigen Beuges“, auf. Im 30jährigen Kriege aber hat die Marschallswürde bereits einen militärischen Charakter; der „General-Feldmarschall“ ist Führer einer selbständigen Armee. Mit der Ernennung des Generals von Sparr 1656 durch den Großen Kurfürsten tritt die Marschallswürde auch, selbständig neben Österreich, in Brandenburg-Preußen auf, und zwar als höchster militärischer Rang, der nur den Generälen der Infanterie oder Kavallerie

verliehen wird. Bis zum Jahre 1870 waren nie Prinzen des königlichen Hauses zum General-Feldmarschall, statt dessen zum „General-Oberst“ (Kaiser Wilhelm) oder zum „General-Feldzeugmeister“ ernannt worden. 1870 wurden auch Prinz Friedrich Karl, der Kronprinz Friedrich Wilhelm und der jetzige König von Sachsen zum General-Feldmarschall ernannt; außer ihnen besleiden in unserer Armee noch Graf Moltke, Freiherr von Manteuffel und General von Bismarck die Marschallswürde.

Bermischtes.

* Frau Anna Ottendorfer †. Die Deutschen Newyorker haben eine Wohlthätigkeit verloren, die schwer vermischt werden wird. Frau Anna Ottendorfer, verwitwete Uhl, geborene Sartorius ist nach langen schweren Leidern an einer Herzkrankheit gestorben. Die Verstorbenen, Gemahlin des Herausgebers der „Newyorker Staatszeitung“, Oswald Ottendorfer, war am 13. Februar 1815 in Würzburg, Bayern, geboren und kam im Jahre 1836 mit ihrem Manne, dem Buchdrucker Jakob Uhl, nach Newyork. Im Jahre 1845 kaufte Herr Uhl die damals als Wochenblatt von Gustav Adolf Neumann herausgegebene „Staatszeitung“ und als Uhl im Jahre 1852 starb, übernahm seine Witwe die Leitung des Blattes, trog sie für einen hohen Preis hielten verkaufen können. Im Juli 1859 verheirathete sich Frau Anna mit Herrn Ottendorfer, nahm indessen noch weiter stets reger Anteil an der geschäftlichen Leitung der Zeitung und besuchte das Bureau derselben fast täglich, bis vor etwa 2½ Jahren zunehmende Kränklichkeit sie zwang, sich ganzlich aller Geschäftstätigkeit zu enthalten. Ihrer Ehe mit Jakob Uhl sind sechs Kinder entsprossen. Mit ihrem zweiten Manne hatte Frau Ottendorfer keine Kinder. Die Verstorbenen hat sich um das Newyorker Deutschtum sehr verdient gemacht, sowohl durch Förderung des Unterrichts in der deutschen Sprache in öffentlichen und Privatschulen, wie durch Gründung und Unterstützung deutscher Hospitäler und Wohlthätigkeitsanstalten. Auch war die Dabingeschiedene die Hauptstüke des deutschen Lehrseminars in Milwaukee, Wisc., sie unterstützte die deutsch-amerikanischen Schulen in Jersey City, Brooklyn, Hoboken und Newark auf liberale Weise. Frau Ottendorfer hat außerdem im Geheimen viel Gütes mit ihrem großen Vermögen gestiftet und manche augenblickliche Notthilfe gelindert, so daß ihr Dahinscheiden nicht nur von der deutschen Bevölkerung Newyork, sondern über die Grenzen der Metropole hinaus eindrücklich betrachtet werden wird.

* Der belgische Afrikareisende Roger ist vor kurzem mit stark erschütterter Gesundheit nach Belgien zurückgekehrt. Er hat im Alter von nur 29 Jahren ein vielbewegtes Afrika-Reiseleben hinter sich. Im September 1880 ging er mit Popelin von Zanzibar nach Tabora und Karama am Tanganiqa, woselbst er bis zum Juni 1881 blieb. Sodann kehrte er nach Zanzibar zurück und führte von dort eine Schaar Zanzibariten zu Schiff nach dem Congo. Hier wurde er der ständige Begleiter Stanley's, auch auf dessen letzter Fahrt nach dem Stanley Falls, oberhalb des Aruwimi. Er erzählte, daß sie diese Expedition mit drei Dampfern unternommen haben; der mittlere Congo besitzt an manchen Stellen eine Breite von 26,5 Kilometer, ist aber dann von so unregelmäßiger Tiefe, daß sie, bei der natürlich ungünstigen Kenntnis des Fahrwassers, oftmals auf den Sand fahren und ausspringen mußten, um die Boote wieder flottzumachen. Die leichten Feuerwaffen trugen sie bei den Einwohnern von Lubunga (circa 2° n. Br. und 21° ö. L. Gr.). Roger kam mit Stanley am 28. Januar 1884 nach dem Pool zurück, war am 18. Februar in Banana und am 15. März in Lissabon.

* Zum Brände der schlesischen Wollwaschanstalt in Grünberg wird der „Bresl. Ztg.“ mitgetheilt, daß nicht das Hauptfabrikgebäude, sondern ein Nebengebäude mit 35 Webstühlen abgebrannt ist.

* Das Raubattentat bei Teplitz. Das Dunkel, welches über dem Raubattentate bei Teplitz schwiebt, beginnt sich zu lüften. Man hat Anhaltspunkte gefunden, welche auf die Spur der Täter führen dürften. Ein Individuum Namens Kraus hatte in einem sächsischen Gefängnisse einen Techniker Namens Röster kennen gelernt, welcher ihm längst nach seiner Entlassung aus der Haft den Vorschlag machte, durch Veräußerung eines reichen Müllers in Tschachow vel Geld zu erwerben. Der Plan ging dahin, daß der Techniker selbst als Kommissär, Kraus aber als Gendarm verkleidet den Müller in der Nacht überfallen und zur Herausgabe seines Vermögens verlassen sollten. Da Kraus auf diesen Plan nicht eingehen wollte, drohte ihm der Techniker mit Ersticken, falls er ihn oder den von ihm entworfenen Plan verrathen sollte. Das Attentat auf den Tschachauer Müller blieb damals unausgeführt. Als Kraus nun mehr von dem unter gleichen Umständen verübten Raubattentate hörte, erstickte er die Anzeige. Die eingeleitete Untersuchung durfte den Werth derselben klarstellen.

Landwirthschaftliches.

Über den Stand der Saaten in unserer Provinz bringt der Reichsanzeiger noch folgende Mittheilung aus dem Regierungsbezirk Bromberg: In der der außergewöhnlich milden Witterung haben die Saaten den Winter gut überstanden. Vereinzelt wird darüber geplagt, daß allzu spät bestandene Saatfelder gelb geworden sind. Im Allgemeinen ist die Aussicht auf eine gute Winterungsgerste gegeben. Die Feldarbeit war während des Winters nur wenige Tage unterbrochen. Mit der Frühjahrssaat konnte auf leichterem Boden um Mitte März begonnen werden; Klee und Erbsen sind schon vielfach gesät. Stellen-

weise auch schon Hafer. Bei günstiger Frühjahrswitterung wird sich die Frühjahrsbepflanzung rasch vollziehen lassen.

V. Die Viehwirthschaft in der Provinz Posen. Der Gesundheitsaufstand des Viehs ist z. B. im allgemeinen ein besiegtender, wenn auch hier und dort noch vereinzelt Fälle von Rot-, Milzbrand und Rothaut vorkommen. Die Maul- und Klauenseuche ist in den meisten Kreisen der Provinz nunmehr erloschen, dagegen im Kreise Birnbaum im Februar von Neuem aufgetreten und zwar soll die Seuche dort durch Schweine, welche auf der Eisenbahnstation Landsberg a. W. ausgeladen wurden, eingeschleppt worden sein. Die Durchwinterung des Viehs hat im allgemeinen keine Schwierigkeiten gemacht, nur in den Bruchgegenden wurde dieselbe durch den Umstand erschwert, daß wegen Mangels an Frost das auf den Bruchwiesen aufgestapelte Heu nicht heringebracht werden konnte. Die künstlichen Futterstoffe, besonders Kleie, stehen gegenwärtig hoch im Preise, dagegen kommen der Viehfütterung im steigenden Umfang die Rübenschnitzel der Zuckerrüben zu gute, deren Einfluß auf die Ernährung des Viehs sich schon in dem Umstande zu erkennen gibt, daß in den Nübbel-Distrikten der Preis der Butter im Winter auf 70 Pf. pro Pfund heruntergegangen war, gegenwärtig aber mit der Abnahme der Schnitzelfütterung wieder auf 1 M. gestiegen ist. Von den verschiedenen Delikatesenorten des Handels werden besonders die Baumwollkämmen in großen Mengen verfüllert, indeß will man dabei die Beobachtung gemacht haben, daß die Butter einen bitteren Geschmack verleiht, und ebenso ist man geneigt, daß mehrfach beobachtete Absterben der Kühe in den ersten Lebenstage dienem Futtermittel zugeschrieben.

Staats- und Volkswirthschaft.

* In Folge der Verstaatlichung der Oberösterreichischen Eisenbahn, der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn und der Rechte Oder-Uferbahn haben sich ebenfalls die preußischen Staatsbahnen veranlaßt gesehen, den österreichischen Bahnen die bestehenden Infratraditions-Vereinbarungen mit 1. Juli d. Js. zu widrigen. Vor einigen Tagen hat nun eine Konferenz der beteiligten Eisenbahnverwaltungen stattgefunden, in welcher die preußischen Staatsbahnen neue Propositionen vorlegten, welche darauf basirten, daß der Betrieb durchweg über jene Routen geleitet werde, bei welchen die preußischen Staatsbahnen mit ihren längsten Strecken beteiligt sind. Die österreichischen Bahnen erklärten diesen Vorschlag als unannehmbar, worauf die Konferenz zu dem Beschlusse gelangte, daß die österreichischen Bahnen Gegenvorschläge ausarbeiten sollen, welche von dem Grundsatz ausgehen, die Infratradition des Verkehrs von Österreich über die den österreichischen Bahnen günstigste Route und in der Richtung nach Österreich über die den preußischen Staatsbahnen günstigste Route erfolgen zu lassen. Wie die „Pr.“ melbet, hat nun die österreichische Nordwestbahn für den 22. d. eine Beamten-Konferenz der beteiligten österreichisch ungarischen Bahnen einberufen, welche ziffermäßig den Effekt der neuen Infratraditions-Vorschläge feststellen soll, damit diese dann einer am 20. Mai in Breslau aufzutretenden österreichisch-preußischen Direktoren-Konferenz zur Prüfung vorgelegt werden.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anträge übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Guss- und Schmiedeeiserne Fenster,

in mehr als 1000 Mustern, von vorzüglichem Guss, dauerhaftem Beschlage und aluratem Schlüß, ebenso Dachfenster in allen Größen empfohlen billig.

Posen, Breslauer-Straße 38. E. Alug.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 18. April. (Teleg. Agentur.)		Russ. Börs. v. Orient. Anl. 60 90 60 75	
Dels.-G. St.-Pr. 76 —	76 —	Russ. Börs. v. Orient. Anl. 60 90 60 75	
Halle-Sorauer —	116 60	— Bod.-Kr. Böd. 89 30 89 30	
Östr. Südb. St. Act. 110 40	113 10	— Präm.-Anl. 1866137 80 137 40	
Mainz-Ludwigsb. —	110 10 109 90	Pos. Provins. B.-A. 120 60 120 50	
Marienb. Mariaw. 82 75	83 25	Landwirthschaft. B.-A. — — —	
Kronprinz Rudolf —	76 40	Pos. S. S. 80 50 80 50	
Östr. Silberrente 68 40	68 40	Reichsbank B.-A. 146 60 147 —	
Ungar. 58 Papier. 74 60	74 75	Deutsche Bank Alt. 158 75 158 75	
do. 48 Goldrente 77 —	77 —	Disconto-Kommandit 209 209	
Russ. Engl. Anl. 1877 96 40	96 50	Königl. Laurabüte 112 90 112 75	
1880 77 —	76 90	Dortmund. St.-Pr. 82 — 81 50	
Russ. 68 Goldrente 104 80	104 80	Nachbörse: Franzosen 536 — Kredit 541 — Lombarden 242 50	
Nachbörse: Franzosen 536 — Kredit 541 — Lombarden 242 50		Russische Banknoten 210 40 209 80	
Pr. toniol. 48 Anl. 102 90 103 —		Russ. Engl. Anl. 1871 93 75 92 90	
Posener Pfandbriefe 101 80 101 75		Poln. 5%. Pfandbrief. 64 30 64 25	
Posener Rentenbriefe 101 80 101 90		Poln. Liquid. Pfdr. 56 90 56 90	
Dester. Banknoten 168 30 168 60		Dester. Kredit.-Alt. 540 50 513 —	
Dester. Goldrente 85 25 85 25		Staatsbank 535 50 537 50	
1860er Jahre 120 10 120 75		Lombarden 242 50 244 —	
Italiener 94 40 94 25		Gondorf. schwach	
Rum 62 Anl. 1880 104 75 104 75			

Russische Banknoten 210 40 209 80
Russ. Engl. Anl. 1871 93 75 92 90
Poln. 5%. Pfandbrief. 64 30 64 25
Posener Rentenbriefe 101 80 101 90
Poln. Liquid. Pfdr. 56 90 56 90
Dester. Kredit.-Alt. 540 50 513 —
Staatsbank 535 50 537 50
Lombarden 242 50 244 —
Gondorf. schwach

Bom 1. Juni d. J. ab werden Salztranspote von Jaworzno und Kłajnischacht nach den Stationen Kempen und Wilhelmsbrück, der Breslau-Warschauer Eisenbahn, zu den im Salzabsatzmetarie vom 1. April 1883 enthaltenen direkten Frachtfäßen ausschließlich via Gnesen-Jarotschin-Dels befördert. Bei Vorschreibung der letzteren Route findet die Auffertigung fraglicher Salztranspote im gebrochenen Verkehrs zu den höheren Taxen der bezüglichen Losalttarife statt.

Breslau, den 3. April 1884.
Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ausgelesene Ekhartoseln und zwar:
400 Centner Edelstein,
100 " Victoria,
50 " Schneeflocke hat abzugeben

Dom. Gortatowo bei Schwersenz.

Kiesern-Globenholz I. Klasse, ganz trocken, hat billig abzugeben
Theodor Hartwig, St. Martin 58.

am 13. Juni 1884, Vormittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle im Schöffen

Hauptgewinn W. 10000 Mark.

Ziehung nächste Woche.

Der von uns für die Zeit vom 1. April 1884 bis 31. März 1885 aufgelegte Handelskammer-Stat liegt während der nächsten 10 Tage im Börsenlokal öffentlich aus.

Posen, den 17. April 1884.

Die Handelskammer.

Stettin—Kopenhagen.

AI Postdamer „Titania“, Kavt. Ziomek.

Bon Stettin jeden Sonnabend 12 Uhr Mdg.

Bon Kopenhagen jeden Mittwoch 3 Uhr Nachm.

Dauer der Ueberfahrt 14—15 Std.

Rud. Christ. Grädel in Stettin.

F. Mattfeldt

Berlin

Platz vor dem Neuen Thor 1a

expedit Passagiere

von Bremen nach

Amerika

mit den Schnell-dampfern des

Norddeutschen Lloyd.

Reisedauer 9 Tage.

Stadt Wreschen. Ein Hausgrundstück im Mittelpunkte der Stadt, Methseinnahme 200 Mark, nebst Bauplatz, 10 Meter breit, 100 Meter tief, billigst z. verkauf durch J. Jadesohn, Wreschen.

Molkerei - Pächter gesucht.

Für eine eingerichtete Molkerei mit todtem und lebenden Inventar, 15 Km. von Provinzialstadt entfernt, ist Familienverhältnishalter sofort oder zum 1. Mai zu vergeben. Offerten unter Chiffre S. 2. Nr. 25 erbitte an die Exped. d. Btg.

Die Bäckerei

in meinem Hause, Hornstraße, ist vom 1. Mai d. J. unter günstigen Bedingungen zu vermieten.

Julius Krzywynos,

Gnesen, Hornstr. 125.

Ein langjähriges renommiertes Kinder-

Confection - Geschäft ist Krankheitshalber sof. zu verkaufen. Räb. unt. Z. 45 in der Exp. d. Btg.

Ein feines Cigarrengeschäft umständlicher sofort billigst zu verkaufen. Off. erb. sub S. W. 1616 postlagernd Bromberg.

1200 Rentner rothe Zwiebel-Kartoffeln sind abzugeben. Dom. Inditten, Bahnhof Weisenburg, Prov. Posen.

Ein Billard

ist zu verkaufen Paulkirchstraße Nr. 9.

Fröhliche Silberlachs! heute Abend 7 Uhr u. morgen, sowie delikaten geräucherten und marinirten Lachs, recht billig bei Isidor Gottschalk, Büttelstr. 19.

Ein Speleypind, eine Damen Nähmaschine, ein großes Bettstiel, ein kleines Bettstiel mit Matratzen billigst zu verkaufen.

Büttelstr. 25 Hinterhaus part.

Dr. Pattison's

Gichtwatte, bestes Heilmittel gegen Gicht und Rheumatismen aller Art, als: Geschle., Brust, Hals- und Achselhöhlen, Kopf, Hände und Füße, Rücken und Leibnerven.

so B. bei Jul. Placzek & Sohn, Wasserstr. Nr. 8, A. Levy, Friedrichstr. 31, in Posen.

Für Gärtner.

Hedden- und Rosenheeren, Ölur- und Gärtner-Messer, Baum sägen etc. empfiehlt die Gießhandlung.

Jacob Warschauer, 44 Markt- und Büttelstr. Ecke 44, Eingang Büttelstraße.

VIII. Große Pferde-Verlosung zu Inowrazlaw.

7

Hauptgewinne:

Bier- und zweispänige Equipagen, 40 edle Reit- und Wagenpferde, sowie eine große Anzahl sonstiger wertvoller Gewinne.

Loose à 3 Mark

sind zu beziehen durch A. Mölling, General-Debit, Hannover, und den durch Plakate erkennlichen Verkaufsstellen.

Achtung!

Einem hochgeehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am biesigen Platze ein

Butter-Geschäft

errichtet habe und empfehle beste Tafel- wie Kochbutter zu soliden Preisen.

Hochachtungsvoll

Rudolf Hiller,

Berlinerstraße 14.

In einer mittleren Provinzstadt Polens wird zum 1. Juli oder 1. Okt. d. J. eine höhere Töchterschule zu übernehmen gesucht. Gef. Offerten sub U. W. 85 Poln. Lissa postlagernd.

3 Börse-Aufräge

in allen Combinationen zu

Anlage oder

Speculations-

anwenden werden in den sieu bestiegene österr.-ungar. Werthen am günstigsten an der für die Wiener Börse vollzogenen Erläuternden Prospekt, erprobte Informationen u. gewissenhaft dargestellte franz. u. engl. Teding möglich. Conditionen confr. Bankhaus „Leitha“, Wien Schottenring 15

Zum 1. Juni

ist die Milch auf dem Dom. Plock zu verpachten.

Eine sehr gelüste Schneiderie empfiehlt sich in und außer dem Hause; zu erfragen Grabenstr. 20, Part.

Haut-, Frauenkrankheiten, speciell Flechten,

Hautausschläge, Wunden, Geschlechtsleiden selbst in den hartnäckigsten Fällen, frisch entstandene Fälle in einigen Tagen, Hals-, Mund-, und Rachengeschwüre,

Schwächezustände,

Pollutionen, Flusse, Impotenz, Nerven-, Rücken- und Magenleiden werden nach meinen langjährigen Heilmethode gründl. ohne Berufsstörung brieleicht unter Garantie schnell u. sicher geheilt.

Meine Heilmethode (30. reich. Brochure) für 50 Pf., Briefm. frco. in Conv. 60 Pf. für 50 Pf., Briefm. frco. in Conv. 60 Pf.

D. Schumacher, Frankfurt a. M. Allerheiligenstr. 45.

Büttelstr. 11

4 Zimmer, Küche, Zubehör sof. od. 1. Juli zu verm.

Gr. Gerberstr. 41 sind vom 1. Oktober 5 Zimmer, Küche und Nebenzimmer in der 1. Etage zu vermieten.

Sandstr. 8 sind Wohnungen in Gartenbenutz. und Fabrikräume zu vermieten.

Alter Markt- und Wasserstr.-Ecke Nr. 52 sind

Juden und Wohnungen verschiedener Größe, von 2 bis 9 Zimmer, zu vermieten.

Zum 1. Oktober ist in meinem Hause in der 2. Et. eine Wohnung, 4 Zimmer und Küche, im Neubau die 1. und 2. Et. zu vermieten.

Wassermann,

Breitestr. 22.

Eine Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Entrée etc. ist v. 1. Oktbr. zu vermieten

Markt 77, II. Etage.

Ein Marmor-Arbeiter, im Schriftbau gelübt, findet bei böhm. Lohn dauernde Beschäftigung bei J. Lindemann, Elbing.

Wirthshäuserinnen gesucht bei böhm. Gehalt. Platzierung-Institut „Fortuna“, St. Martin 65.

Ein Lehrling mit den nötigen Schulkenntnissen kann sofort eintreten bei

M. D. Cohn, Gräb, Kolonialwaren-Handlung und Destillation.

Für mein Tuch- und Manufakturwarengeschäft suche per 1. Mai einen flotten Verkäufer, beider Landessprachen mächtig.

Louis Oelsner in Kurnit.

Gute Köchinnen für Restaurat. und Privat, auch eine gute Amme empfiehlt A. Preiss, Friedrichstr. 3.

Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Errichtet 1868.

Der Geschäftszustand der Gesellschaft ergiebt sich aus den nachstehenden Resultaten des Rechnungsausschlusses für das Jahr 1883:

Emitirtes Grundkapital M. 7500000.

Prämien- und Zinsen-Einnahme pro 1883 3489716,08.

Prämien- und Kapital-Reserve 1345595.

Ver sicherungssumme im Laufe des Jahres 1029229895.

Zum Abschluß von Feuerversicherungen bei obiger Gesellschaft zu festen und billigen Prämien hält sich bestens empfohlen und ertheilt bereitwillig jede gewünschte Auskunft

Wollstein, im April 1884.

Der General-Agent

N. Dokowicz, Brauerei- u. Gutsbesitzer.

Southdown-Vollblut-Heerde

Lulkau bei Ostaszewo, Kreis Thorn.

Der Verlauf der Völke aus bieger Stammlerde hat begonnen; die Thiere sind sämtlich im Frühjahr 1883 geboren, kräftig ernährt, stark entwickelt, sprunghfähig und durchweg von schönen Formen.

Der Verlauf findet zu jeder Zeit und zu festen Preisen statt.

Vollblut-Mutterthiere kommen 60 Stück zum Verkauf.

Prospekte nebst Preisnotizierung werden auf Verlangen versandt.

Lulkau bei Ostaszewo, Kreis Thorn.

M. Weinschenck.

PATENT.

Anerkannt

beste Maschine zum akkuraten schnellen und billigen Bäden und Behäufeln aller Reihenfrüchte: Rüben, Kartoffeln etc. sowie auch ganz besonders bewährt für gedrilltes Getreide, in den verschiedenen Reihenweisen mittels eines Zugthieres.

Aktiengesellschaft „H. F. Eckert“

Filiale Bromberg.

Düngerstreumashine,

von der Halle'schen Prüfungsstation,

als beste anerkannt, streut trocken und feuchten Dünger gleichmäßig aus.

Zu beziehen durch die

Aktiengesellschaft „H. F. Eckert“

Filiale Bromberg.

Die Kunst- und Handelsgärtnerei und Samenhandlung

Albert Krause

Posen, Fischerei Nr. 11, und Wiesenstr. Nr. 10 II. 11, empfiehlt schönblühende Georgiennüsse mit Namen pro Stück 30 Pf.

10 Stück 2 Mt. 50 Pf., 25 Stück 5 Mt.

Georgiennüsse ohne Bezeichnung, gleichfalls schöner Sorten pro

Stück 20 Pf., 10 Stück 1 Mt. 50 Pf., 25 Stück 2 Mt. 50 Pf.

Spargelpflanzen, 3jährige Rüben, pro 100 Stück 3 Mark.

Preisverzeichnisse über Blumen- und Gemüse-Samen auf Wunsch franco.

Den Herren Interessenten empfiehlt die von mir erfundene, patentirte, vielfach prämierte, von Sr. Excellenz dem Herrn Minister für Landwirtschaft pp. empfohlene flache Holz cement-Bedachung.

Aufträge hierauf bitte ich direkt hierher oder

an meine gelangen zu lassen.

Mit Kostenanschlägen u. Anleitungen siehe gern zu Diensten.

Hirschberg in Schlesien.

Carl Samuel Haeusler,

Königl. Hoflieferant.

Die Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(Emil Röster) in Posen

empfiehlt:

Post-Packet-Adressen

mit Eindruck (Absender und sonstige Zusätze) zum Preise von 6 Mt. pro 1000 Stück.

Die Kuranstalt, Stahl- und Mooräder, Molkenkur etc.

zu

Bad Langenau

in der Grafschaft Glatz,

Station der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, mit tägl. 3mgl. Tour- und Retour-Verbind. in 3 Std. von Breslau,

wird zum 1. Mai eröffnet.

(Arzt, Apotheke; Post, Telegraph; Hotels, Pensionate; Kurmusik etc.)

Alle Anfragen beantwortet, Prospekte übersendet franco:

Frequenz 1883: Die Kurverwaltung. 1555 Personen.

Nouveauté's in Kleiderstoffen Jacob Sluzewski, nebst passenden Besätzen empfiehlt Jacob Sluzewski, Modewaren- und Damen Konfektions Geschäft.

Größte Damen-Mantel-Fabrik am Platze Jacob Sluzewski,

Markt- und Breslauerstrassen-Ecke,
Parterre und I. Etage,
empfiehlt vom billigsten bis zum elegantesten Genre in überraschend
großer Auswahl:

Umhänge und Jaquets
(in Seide und Wolle),
Regen-Havelocks,
Brunnen-Mantel,
anschließende Paletots
in streng modernen Fägns
zu sehr billigen Preisen.

Saxlehner's Bitterquelle Hunyadi János

durch Liebig, Bunsen, Fresenius analysirt
und von ersten medizinischen Autoritäten als vorzügliches Heilmittel erprobt und geschätzt, verdient mit Recht als das
Verlässlichste und Wirksamste

aller Bitterwässer

empfohlen zu werden. — Unter Anderem äusserte sich hierüber auch

Herr Geh. Hofrath Prof. Dr. Kussmaul, Strassburg:

"In mässiger Menge sicher wirkend"

Zu haben in allen Mineralwasserhandlungen und Apotheken, doch wird gebeten, stets ausdrücklich Saxlehner's Bitterwasser zu verlangen.

Der Besitzer: Andreas Saxlehner, Budapest.

Echte Sammet-Jaquets in ganz neuen Fägns hält in großer Auswahl vorrätig Jacob Sluzewski,

Markt- u. Breslauerstrassen-Ecke. Parterre u. I. Etage.

Landwirthschaftliche Register

eigenen und Berliner Verlages stets vorrätig bei

D. Goldberg, Papierhandlung,
Wilhelmsstr. 24.

Schlesische Thonwaren-Fabrik
zu Tschauchwitz b. Giesmannsdorf nächst Neisse,
empfiehlt Kamine, Zimmerbeizöfen Kochmaschinen, Badewannen u. Wandbeläden in Schmelzgläur. Vasen, Figuren, Beeteinfassungen, Bassins, Schornsteinaufsätze, glasierte Thonböden f. Wasserleitungen, Küchenausgüsse, Closets und Pissoirs sowie sämtliche erforderlichen Fägns Stück, Bauornamente, Chamotte u. Platten.

Spezialität: Kunstziegeln, glasiert u. unglasiert in verschiedenen Farben.

Vertreter in Berlin:

Herr G. Hennig, Vorstrasse 26, Vertretung und Kommissionslager in Katowitz Oberth. i. Herrn G. Ratz Civi-Angéieur.

Thonschneider-Drainrohrenpressen, Ziegelmaschinen,

dieselben liefern bei 2 Pfdg. Betrieb 5—700 Stück
Mauerziegel per Stunde.

Kindeschneidemaschinen-Lohmühlen,
eigen. verbesselter Konstruktion, empfiehlt in bester Ausführung

O. Roeder's Maschinenfabrik Rrotoschin.

Eckerberg,
Wasserheilanstalt bei Stettin,
mit irisch-römischen Bädern.
Dr. Vieck.

Einige Kellnerlehringe,
Handhalter, Hotelköchin können
sowie eine König, St. Martin 38, I
En jungerer Comm's d. Pap erbr.
D. tailliert, dtch. u. poln. sprechend,
wird per sofort verlangt. Öffnen
mit Angabe von Gehaltsansprüchen
unter A. L. poln. Posen.

Empfehle einen unb. ersten
Bewohner, 16 Jahre beim Bach,
in j. Stellung 6 J. vor seinen
Herren Prinzipalen vorz. empf.
A. Werner, Wirthsh. Inspektor,
Breslau, Taschenstr. 8, I. Et.
Bonne mit mittl. Anvr. findet
Stell. in Polen an der Grenze.
Efr. Friedrichstr. 11 rechts.
Ein verheiratheter Forstaußscher
wird gesucht.
Dom. Chojno bei Bronisz.

Bekanntmachung.
Es wird hiermit bekannt gemacht, daß dieziehung der
richten Großen Inowrazlawer Pferdelotterie
nächsten Dienstag, den 22. April d. J.

stattfindet. Um den Gewinnern von Pf. rden, welche dieselben zu
verkaufen wünschen, Gelegenheit zu einem möglichst vor heimhaft n
W'k' zu bieten wird am Donnerstag den 24. April, Vor-
mittags 11 Uhr, vom Comité eine öffentliche Auktion veran-
staltet wozu das unterzeichnete Comité, sowie Herr A. Molling
— Inowrazlaw Annahmen entgegennehmen.

Inowrazlaw, den 15. April 1884.
Das Comité für den Inowrazlawer Pferdemarkt:
L. von Grabski. G. Hirsch. W. Geissler. von Trzebinski.
Graf zu Solms.



Donnerstag, den 17. April, Abends 7½ Uhr,
verschied nach zweitägigen schweren Leiden mein
theurer geliebter Gatte, unser gute Vater und
Bruder, der Handschuhfabrikant

Wladislaus Stark.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den
20. d., Nachmittags um 5 Uhr, vom Trauer-
hause, Alter Markt 81, aus statt.

Die tiefbetrübten hinterbliebenen.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten
hierdurch die traurige Nachricht, daß es dem
Allerhöchsten wohlgefallen, meinen lieben Gatten

Wilhelm Dutschke auf Rombitzyn

nach kurzem, leichtem Leiden aus diesem Leben
in sein Himmelreich abzuberufen.

Um stille Theilnahme bittet

die hinterbliebene Wittwe.

Rombitzyn, den 10. April 1884.

Öffentliche Dankesagung.

Für die von erwünschtem Erfolge
begleitete Vorbereitung meines
Sohnes Siegfried für das Fr. W.
Gymnasium, sowie für die meinem
Kinde bewiesene treue Fürorge
während seiner 2½jährigen Schulzeit
sage ich dem Herrn Lehrer Sam-
burger hiermit gerne meinen besten
Dank.

Posen. Wwe. S. Bolti,
geb. Gensler.

Rector Herzberg's Israel. Knaben-Pensionat und Halbpensionat.

Posen, St. Martin 14, I
Vorbereitung für sämtliche Klassen
höherer Lehranstalten. — Förderung
zurückgebliebener Kinder — Beauf-
sichtigung der Schülerarbeiten.

Willige Bedingungen.

Jacob Sluzewski,

Modewaren- und Damen Konfektions Geschäft.

Lambert's Saal.

Sonnabend, d. 19. April cr.:
Dritte humor. Soirée der

Stettiner
Quartett- und
Cuplet-Sänger
Herren Hoppel,
Haefel, Menzel,
Pietro, Britton,
Kleiner und
Eberins.

Eden Abend
wechs. Indes
Programm.
Anfang 8 Uhr
C. 50 Pi
Billets 40 Pi
Billets 20.

Sonntag den 20. April a. c.: Vierte Soirée der Stettiner Sänger.

Familien-Nachrichten.

Heute Nacht 1½ Uhr wurde uns
ein kräftiger Junge geboren

Bruno Ratt und Frau
geb. Walter.

Posen, den 18. April 1884.

Durch die G. v. einer Tochter
wurden hochreut

Dr. Gustav Goldstein,

richter,

und Frau Clara geb. Bamberger.

Mülhausen 1. Esak

Heute nun 5 Uhr nach an Lan-
genabmung mein innig geliebter
Gatte, der königl. Oberstaats-

Gustav Stiegert.

Dies zeigt statt jeder besonderen
Meldung, zugleich im Namen ihres

Sohnes tiebetrübt an

Posen, den 18. April 1884.

Anna Stiegert

geb. Ansobitz

Heute nun 5 Uhr nach an Lan-
genabmung mein innig geliebter
Gatte, der königl. Oberstaats-

Gustav Reimann.

Kosmos M. d. 21. IV. 84.

A. 8 U. L.

S. B. Sonnabend 11.

Jeden Sonnabend Eisbeine.

2. Joseph, Wiener Tunnel.

Eisbeine.

Oskar Mewes, Bronkowsky 3.

Zoologischer Garten.

Nur wenige Tage!

Sionx - Indianer.

20 Personen,

Männer, Weiber, Kinder.

Vorstellung von 1 Uhr

Nachmittags bis zum

Abend.

Eintritt einschließlich des Zoologischen
Gartens nur für Erwachsene 0,50 M., für Kinder
und Militär vom Feldwebel ab-
wärts 0,20 M.

Vereinsmitglieder zahlen die
Hälfte. Mitgliedskarte muß vorge-
zeigt werden.

Gedichte, Toaste, Tafellieder,
Kladderadatsche fertigt an

Malwina Warschauer, Markt 74.

Stadt-Theater

in Posen.

Sonnabend den 19. April 1884:

3. Gastspiel des Frl. Anna Wendel.

Zum 1. Mai:

Ein gemachter Mann.

Große Rose mit Geang
in fünf Alten von Jacobson.

B. Heilbron's

Volks-Theater.

Sonnabend den 19. April 1884:

Künstler-Vorstellung.

Auftreten der K. G. von Lembeck,

Ballet, Frl. Rosa Weiß, humor.

Sängerin, Heinrich Bleiby, Komiker,

Frl. Wegner, Cabanonette, Frl. Elsner,

comöd. Sängerin, Frl. Geßw. Ludwig, Zither-Virtuosen.

Kassenöffnung 7 Uhr.

Die Direktion.

Auswartige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Clara Lippoldt in
Schönemühl mit Herrn Paul Langhoff
in Berlin. Frl. Anna Frau-

naudt mit Herrn F. W. Schmidt in
Berlin.

Für die Insolvenz am Ausnahme-
des Sorendals verantwortlich der
Kreisgericht